Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 370

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 24. August

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. [illegible]

Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Hilferufe aus Oberschlesien

An die oberschlesische Bevölkerung

w. Beuthen, 24. August.

Die Deutschnationale Volkspartei, die Katholische Volkspartei (Zentrum), die Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaften), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Deutscher Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften), Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Gewerkschaftsbund der Angestellten, erlassen folgenden **Aufruf an die oberschlesische Bevölkerung:**

Unsere oberschlesische Heimat ist in tiefster Not. Deutsche und Polen stehen Banden gegenüber. Bruderblut ist geflossen, Mord der Verbrechen gehört vor die Gerichte. Wir wollen Frieden. Die interalliierte Kommission sicherte uns zu, Ruhe, Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. Wir forderten am 21. August und General Gratier sicherte uns zu: Restlose Entwaffnung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Nationalität, Aufhebung des Belagerungszustandes, soweit die Verhältnisse es gestatten. Hinzuziehung deutscher und polnischer unbewaffneter Arbeiter zur Wiederherstellung des Friedens, Verhütung von Gewaltakten aller Art. Die Bewaffnung polnischer Banden schreitet fort, sie rissen die Gewalt an sich und mißbrauchen sie. Dem muß ein Ende gemacht werden, die gesetzmäßige Gewalt muß sofort wieder hergestellt werden. Das ist unsere einzige Forderung. Sie wird heute der interalliierten Kommission unterbreitet. Wird sie nicht erfüllt, dann sind wir entschlossen, den Frieden zu erzwingen durch den Generalstreik. Haltet euch bereit, wartet auf den Ruf der Führer. Es geht um unsere Heimat!

*

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier richteten gestern abend an den Reichskanzler folgendes Telegramm, in dem es heißt: Alle Nachrichten, die an hiesiger Stelle aus Oberschlesien einlaufen, beweisen, daß die bisher amtlicher Stelle verbreitete Auffassung, der Aufstand in Oberschlesien sei im Abflauen begriffen, ein geradezu krankhaftes Optimismus ist. Es zeigt sich im Gegenteil immer mehr, daß der Aufstand offenbar nach wohldurchdachten Plänen strahlenförmig weiter um sich greift und bereits die Orte Abbnik, Pleß, Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz und Lublinitz ergriffen hat. Die Landgemeinden der genannten Kreise sind fast vollkommen in den Händen der Aufständischen. Die Städte sind aufs schärfste bedroht. Ratibor ist besetzt. Den Versprechungen der Interalliierten Kommission sind bisher keine ausreichenden Maßnahmen gefolgt. Die deutschgesinnte Bevölkerung ist völlig schutzlos. Die gesamten Abstimmungsarbeiten sind aufs schärfste gefährdet. Oberschlesien erwartet und verlangt von der Reichsregierung, daß sie aufs schnellste alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Rettung Oberschlesiens anwendet.

Die Regierung über Oberschlesien

w. Berlin, 24. August. (Amtlich.)

Nachdem am Montag bereits eine Besprechung bei dem Herrn Reichspräsidenten stattgefunden hatte, beschäftigte sich die gestrige Kabinettssitzung wiederum mit der oberschlesischen Frage. Die Vorgänge der letzten Tage wurden eingehend durchgesprochen und alle Mittel erörtert, um diesem Gebiet möglichst bald ruhige Zustände zu sichern.

Nach dem Friedensvertrage liegt es der Interalliierten Kommission ob, Ruhe und Ordnung in dem Abstimmungsgebiet aufrechtzuerhalten. Die Reichsregierung bedauert aufs tiefste, daß weite Teile von Oberschlesien sich in der tatsächlichen Gewalt polnischer Insurgenten befinden, und damit eine Lage eingetreten ist, welche unsere schlesischen Brüder in Bedrängnis bringt, die friedliche Arbeit, namentlich die Kohlenförderung, stört und die für das gesunde europäische Wirtschaftsleben so wichtige Leistungsfähigkeit des Landes gefährdet. Die Reichsregierung hat durch ihre Vertreter bei der Interalliierten Kommission in Oberschlesien und durch ihre Botschafter in Rom, London und Paris Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die Interalliierte Kommission mit völliger Unparteilichkeit und mit allen Mitteln gegen den von langer Hand durch politische Agitation vorbereiteten Aufstand vorgehe und das Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung schütze.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat erklärt, daß sie den gegenwärtigen Aufstand als eine Auflehnung gegen ihre Regierungsgewalt ansieht; sie sei entschlossen, mit Nachdruck gegen die Aufständischen vorzugehen, ihre Entwaffnung durchzuführen und für schleunige Herstellung geordneter Zustände sowie für den Schutz der wehrlosen Bevölkerung Sorge zu tragen.

Die deutsche Regierung hofft, daß es der Interalliierten Kommission gelingen wird, diese Zusage zu erfüllen und dem ihr anvertrauten Lande in Kürze die Ruhe wiederzugeben. Sie richtet ihrerseits an die Bevölkerung von Oberschlesien die ernste und dringende Bitte, sich ruhig zu verhalten und durch keinerlei Unbesonnenheit Vorwände zu neuen Unruhen zu liefern.

Die Entwaffnung der Nikolaier Sicherheitswehr

Die Hundertschaft der Sicherheitspolizei in Nikolai ist, wie vom amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilt wird, von den Franzosen entwaffnet worden. Der Hergang war folgender: Sonnabend 6 Uhr nachmittags erhielt die Hundertschaft von den Insurgenten die Aufforderung, zu kapitulieren. Der Hundertschaftsführer bat den Führer einer französischen Kompagnie, die in Nikolai lag, ihm zu helfen. Der französische Kompagnieführer lehnte die Unterstützung ab mit dem Hinweis, er sehe keine Notlage. Sonntag vormittag rückte die französische Kompagnie nach Kattowitz ab. Da der Hundertschaftsführer ohne Unterstützung Nikolai nicht halten konnte, rückte er mit der zurückgebliebenen Bagage der französischen Kompagnie ebenfalls ab. 3 Kilometer von Nikolai, im Walde von Kamionka, konnte die Hundertschaft, eingeschlossen von den Insurgenten, nicht weitermarschieren. Auf Bitten des Hundertschaftsführers um Unterstützung kam aus Kattowitz ein Kraftwagen mit einem französischen Offizier, der jegliche Hilfe durch französische Truppen ablehnte. Dagegen erklärte er sich bereit, nach Waffenabgabe die Hundertschaft nach Kattowitz durch die Insurgenten zu bringen. In Kattowitz angelangt, verlangte der Hundertschaftsführer die Rückgabe der Waffen. Sie wurde verweigert, und die Beamten wurden von französischen Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr in ein Baracken lager verbracht und dort interniert.

Die erforderlichen Protestschritte wegen der Entwaffnung sind beim Auswärtigen Amt bereits unternommen worden.

Das W. T. B. spricht von einem veränderten Verhalten der Franzosen, von französischer Unterstützung der Sicherheitswehr und anderes mehr. Dagegen werden von deutscher oberschlesischer Seite folgende Feststellungen gemacht:

1. Alle Waffendurchsuchungen seitens der Sicherheitspolizei bedürften, sowie sie in polnischen Wohnungen stattfanden, stets der vorherigen Genehmigung des Kreiskontrolleurs der Interalliierten Kommission. Die Durchsuchung war immer vergebens.

2. Das Vorhandensein großer polnischer Waffenlager wird bewiesen durch das jetzige Auftreten starker polnischer Banden, die mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten bewaffnet sind. Die Franzosen treten auch jetzt noch nicht gegen diese bewaffneten Polen auf. Zwar haben sie einen Befehl erlassen, daß in der Umgebung von Kattowitz bis zum 20. August abends alle Waffen abgeliefert werden sollten. Sie dulden aber ohne weiteres die Tätigkeit der sogenannten polnischen Bürgerwehr, die sich auf unrechtmäßige Weise schwer bewaffnet hat und nachweislich alle Deutschen terrorisiert.

Neue Aktion der Entente für Polen

w. Luzern, 24. August.

Nach einem amtlichen Communiqué haben Lloyd George und Giolitti der französischen Regierung eine gemeinsame Aktion der Alliierten vorgeschlagen, die Polen die vollen Rechte des Vertrag von Versailles sich ergebenden Rechte betreffend den freien Gebrauch und die unbeschränkte Benutzung des Hafens von Danzig und seiner Verbindungslinien zusichern.

w. Luzern, 24. August.

Aus dem Communiqué, welches vor Beginn der zwangslosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den vereinigten Vertretern der Presse verlesen wurde, ennimmt die Schweizerische Depeschenagentur u. a. folgendes: Der Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Giolitti hat eine vollständige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt für einen möglichst frühen Zeitpunkt dargetan. Vorher bleibt jedoch noch eine Reihe von dringenden Fragen zu erledigen. Bevor nicht der Friede zwischen Rußland und der übrigen Welt wieder hergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Störungen der ganzen Welt weiter bedrohen. Aus diesem Grunde haben die französische und die italienische Regierung Schritte unternommen, um eine Verbindung zwischen Rußland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb tief zu bedauern, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen gezeigt hat, Polen Bedingungen aufzuzwingen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit. Die Sowjetregierung hat einen Vorschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Gebiet gegen jeden Angriff sichergestellt hätte. Wenn die Sowjetregierung auf der Verweigerung dieses Vorschlages beharrt, so wird es keiner freien Regierung möglich sein, mit ihr zu verhandeln.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Polen gewarnt, seinen Heeren zu gestatten, bei der Gegenoffensive die Grenze des ethnographischen Polens zu überschreiten.

Orgesch-Hetze und Reichseinheit

b. München, 24. August.

Die Bekämpfung der Organisation „Escherich" in Berlin wächst sich, wenn nicht noch in letzter Stunde Einkehr erfolgt, zu einer schweren Gefährdung des Reichsgedankens aus. Der „Bayrische Kurier", das Organ der Bayrischen Volkspartei, bringt das wie folgt zum Ausdruck: Die preußische Regierung, an deren Spitze der linkssozialistische Ministerpräsident Braun steht, und zu dessen engerer Koalition der durch das Bieleselder Abkommen so übel beleumdete sozialistische Minister Severing und der nicht weniger weit links stehende Innenminister Südekum gehören, hat sich durch sein mehr als ungeschickes, dazu noch völlig rechtswidriges Vorgehen gegen die Organisation „Escherich" in einem offenen Gegensatz zu der bayrischen Staatsregierung gesetzt. Die Folgen des Vorgehens der preußischen Regierung können noch außerordentlich ernst werden. Der Bayrische Landtag und die bayrischen Abgeordneten im Landtag und im Reichstag werden zu dem Vorgehen der preußischen Regierung so rasch wie möglich Stellung zu nehmen haben. Es handelt sich nicht nur um eine rechts- und staatswissenschaftliche Frage, es handelt sich um die Gefährdung des Reichsgedankens. Hinter dieser Gefährdung steht das drohende Gespenst der Mainlinie. Diesmal entsteht das Mainliniengespenst durch das gewaltige Gegeneinanderdrängen der bayrischen Landesteile in einer definitiven separatistischen Politik. Bayern kann und wird seine Einwohnerwehr nicht aufgeben, darauf darf man in Berlin Gift nehmen.

Die Ausfuhrabgaben

Von

Dr. Ernst Oberfohren,

Mitglied des Reichstags.

Handel und Industrie in ihren bedeutsamsten Vertretungen sowie die Außenhandelsstellen haben in den letzten Wochen ebenso einhellig wie nachdrücklich die Forderung auf Abbau bezw. Aufhebung der sog. sozialen Ausfuhrabgabe erhoben. Auch die deutschnationale Fraktion hat im Reichstage unter besonderem Hinweis auf die produktionshemmende Wirkung dieser Abgabe einen dahingehenden Antrag eingebracht.

Es handelt sich bei dieser Abgabe um eine Art von Ausfuhrzoll, durch den ursprünglich beabsichtigt war, die Ausfuhrwaren so zu belasten, daß die Einfuhrpreise hinter den Inlandspreisen nicht mehr zurückblieben. Im vorigen Jahre gab es bekanntlich eine Zeit, in der unsere Inlandspreise noch verhältnismäßig niedrig waren, während im Auslande, namentlich infolge der hohen Währung, ganz erheblich höhere Preise erzielt wurden. Bald war zu beobachten, daß selbst sehr teuere deutsche Waren im neutralen und übrigen Ausland zu einem Erlös verkauft werden konnten, der vielfach um 100 Prozent, und in manchen Fällen noch höher über dem Inlandspreise stand. Allein es war zu bedauern, daß diese Gewinnmöglichkeit nicht von allen deutschen Ausfuhrfirmen ausgenutzt wurde. Viele blieben mit ihren Preisen weit hinter dem erzielbaren Erlöse zurück, viele verkauften ihre Waren nach dem Auslande sogar kaum teurer als im Inland. Damals kam der Gedanke auf, durch einem dem Werte nach berechneten Zuschlagszoll den Unterschied zwischen den niedrigen In- und den hohen Auslandspreisen auszugleichen. In der Tat hätte das Reich bei dem damaligen Stande des Geschäfts durch Erhebung einer selbst hohen Ausfuhrabgabe große Einnahmen haben können, ohne daß dadurch Industrie und Handel geschädigt worden wären. Diese Einsicht scheint jedoch viel zu spät gekommen zu sein; denn man ließ lange wertvolle Monate, in denen die Erhebung einer Ausfuhrabgabe wirklich einen Sinn gehabt hätte, verstreichen, bis am 17. April 1920 die Bekanntmachung über die Ausfuhrabgabe herauskam.

Infolge dieser Verschleppung ist die günstige Gelegenheit zur Erhebung von Ausfuhrabgaben tatsächlich verpaßt worden. Die glänzendste Zeit der Ausfuhrgeschäfte war nämlich inzwischen vorübergegangen. Einmal hat sich die ausländische Valuta so gesenkt, daß der große Anreiz für den Abschluß von Ausfuhrgeschäften immer mehr verloren ging, bis schließlich bei den meisten Waren die Inlandspreise nicht mehr hinter den Auslandspreisen zurückblieben. Ja, der Fall ist heute gar nicht selten, daß man auf dem Auslandsmarkte die Erzeugnisse billiger einkaufen kann als im Inland. Zu dieser Valutaverschiebung kam die Preissenkung auf dem Auslandsmarkt und das Anwachsen der Selbstkosten im Inland. Seit dem Herbst vorigen Jahres sind die Löhne und Gehälter fast durchweg auf das Doppelte gestiegen, zum Teil noch höher. Infolgedessen kommen die inländischen Roh- und Brennstoffe ganz erheblich teurer zu stehen, von der Verteuerung der Güterherstellung durch Steuern, Gütertarife, Streiks und sonstige Betriebsstörungen gar nicht zu sprechen. Die Folge all dieser Erscheinungen ist, daß sich keine Extra- oder Valutagewinne mehr erzielen lassen, die ursprünglich den Gegenstand der Besteuerung bilden sollten. Damit ist die Notwendigkeit einer weitgehenden Ermäßigung, ja völligen Abschaffung der Ausfuhrabgabe gegeben. Mit der Feststellung, daß die deutschen Ausfuhrfirmen im Auslandsgeschäft nur noch ausnahmsweise höhere Erlöse erzielen können, als im Inland möglich ist, entfällt eben für die meisten Waren die wesentlichste Grundlage für die Ausfuhrabgabe.

Nun ist von den maßgebenden Stellen als Grundbedingung für die Revision der Ausfuhrabgabe die Forderung aufgestellt worden, daß durch eingehende Selbstkostenrechnungen die Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren auf dem Auslandsmarkt nachgewiesen werden müsse. Dabei wird völlig verkannt, daß, wenn auch die Abgabe in Prozenten des Wertes festgestellt war, von vornherein kein Zweifel darüber bestand, daß durch die Abgabe nur ein Teil des Mehrerlöses der in Ausfuhrpreise gegenüber dem Inlandspreise erzielt wurde, an den Fiskus abgegeben werden sollte; mit der Möglichkeit des Mehrerlöses war also die Grundlage der Abfuhrabgabe als geschwunden anzusehen. Gegenüber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0001

dieser ursprünglichen Auffassung soll heute der ganze Unterschied zwischen den Selbstkosten und dem Erlös maßgebend für die Festsetzung der Höhe sein. Dagegen muß auf das Entschiedenste Widerspruch erhoben werden, weil dadurch die ursprüngliche Grundlage für die Ausfuhrabgabe dadurch völlig verschoben wird. Außerdem würde es, um das Verlangen der Regierung zu erfüllen, außerordentlich umfangreicher und umständlicher Untersuchungen bedürfen. Im übrigen würde eine solche Ausfuhrabgabe, die nach dem persönlichen Gewinn bemessen würde, nur eine Vorausbelastung der allgemeinen Besteuerung darstellen. Eine Besteuerung des Einzelgeschäfts in solchem starken Maße widerspräche aber in erheblichem Umfange den Grundsätzen einer gerechten Besteuerung. Denn eine gesunde Besteuerung darf nicht allein die gewinnbringenden Geschäfte ausnutzen, sondern muß auch den Wechselfällen des Geschäftslebens Rechnung tragen und ein Ausgleich zwischen den guten und schlechten Geschäften zulassen. Nun ist die Gewinnmöglichkeit zweifellos im Ausfuhrgeschäft noch stärker gesunken als im Inlandsgeschäft. Die in der Ausfuhrabgabe steckende hohe Belastung trifft also das Geschäftsleben gerade jetzt doppelt schwer, und ist deshalb um so gerechtfertigter. Unter den gegenwärtigen Umständen muß die Erhebung von Ausfuhrabgaben mit der Zeit dazu führen, daß das Ausfuhrgeschäft völlig abgedrosselt wird. Da wir die Ausfuhr von Arbeitswerten in jeder Beziehung begünstigen müssen, um einerseits unsere Bevölkerung mit Arbeit und Brot zu versehen, andererseits die Friedensvertragsverpflichtungen in erträglichem Ausmaß zu erfüllen, so stellt sich die Beseitigung der Ausfuhrabgabe als eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Volksvertretung dar. Auch die handarbeitenden Schichten unseres Volkes müssen einsehen, wie unsozial die sogenannte „soziale" Abgabe wirkt, wenn an ihr neue Geschäfte scheitern und die Preise für die deutsche Industrie beschleunigt und verschärft werden.

Gefahren des Kohlenabkommens

b. Siegen, 24. August.

Hier fand eine große Kundgebung der christlich-nationalen Gewerkschaften unter Beteiligung von etwa 10 000 Personen gegen das Kohlenabkommen von Spa statt. Es sprachen der Reichstagsabgeordnete Hartwig, der Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Breddemann-Berlin und das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Effert über diese Frage. Es wurde die folgende Entschließung angenommen:

Die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten des Sieger- und Sauerlandes, des Dill- und Lahngebietes, sowie des Westerwaldes, zu einer machtvollen von etwa 10 000 Personen besuchten Versammlung vereinigt, geloben, die Regierung bei den in Spa übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen. Sie stellen den nationalen Gedanken, die Erhaltung des ungeteilten deutschen Vaterlandes in ihr Programm. Die anwesenden Arbeiter und Angestellten sind sich bewußt, welche Lasten unsere Kameraden im Kohlengebiet übernommen haben, um den ungeheuren Anforderungen zu genügen. Sie erklären sich mit den Kameraden im Kohlenrevier solidarisch und richten an alle Stände die Bitte um Unterstützung, und besonders erbitten sie von der Landwirtschaft eine bessere Belieferung des Kohlengebietes mit preiswerten Lebensmitteln, denn bei den bisherigen Ernährungsverhältnissen sind die Kohlenarbeiter nicht voll arbeitsfähig und nicht in der Lage, durch ausreichende Kohlenbelieferungen die Gefahr eines feindlichen Einmarsches, die Zerstörung Deutschlands und einen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zu verhindern. Nur in einer Solidarität der Glieder des ganzen Volkes beruht unsere Hoffnung. Gegen die Gefahren, die aus dem Osten und Westen drohen, nützen nur innere Geschlossenheit und feste Neutralität. Wir stehen in dem Bestreben, diese aufrecht zu erhalten, treu hinter der Regierung. Gegen die leider auch in Spa getriebene Gewaltpolitik unserer Gegner protestieren wir entschieden. Die fortgesetzte militärische Bedrohung Deutschlands seitens Frankreich ist eine ständige Gefahr für den Weltfrieden. Durch einen Einmarsch in das Ruhrgebiet wird nichts aufgebaut, sondern zerstört. Wir verlangen von der Welt Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeit. Nur ein lebensfähiges Deutschland wird in der Lage sein, genügende Kraft für den Wiederaufbau der Welt aufzubringen.

*

Die Zwangslieferungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats an die Entente haben Mitte August fast genau die vorgeschriebene Höhe erreicht und bewegen sich auch jetzt auf dieser Höhe.

Einberufung des Reichstages. Präsident Loebe wird, wie die „Voss. Ztg." erfährt, den Reichstag zum 18. Oktober einberufen.

Enver Pascha in Moskau. In den Berliner Ententekreisen sind zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß es Enver Pascha nach sechs wiederholten, aber mißglückten Versuchen jetzt endgültig gelungen ist, aus Deutschland nach Moskau zu gelangen.

Regierung und Eisenbahntransporte

Die Regierung genehmigt Mitwirkung der Arbeiter bei der Verkehrskontrolle

w. Berlin, 24. August.

Gestern abend fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und der beteiligten Stellen eine Besprechung mit Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der S.P.D., der U.S.P.D., sowie des Zentral-Eisenbahn-Betriebsrates über die Frage der Beförderung von Waffen und Munition statt.

Es bestand Einmütigkeit darüber, daß sowohl neutralitätswidrige als auch zu ungesetzlichen Zwecken bestimmte Transporte unter allen Umständen verhindert werden sollen, denn die Regierung steht, unabhängig von dem Gang der kriegerischen Ereignisse, fest auf dem Boden strengster Neutralität. Zur Durchführung dieser Grundsätze soll die Kontrolle verschärft werden, andererseits ist es notwendig, um internationale Verwicklungen zu vermeiden, willkürliche Eingriffe Unberufener zu verhindern. Die strenge Kontrolle aller Transporte soll erfüllt werden durch ein allgemeines Verbot der Beförderung von Waffen und Munition, das der Reichskommissar für die Entwaffnung vorbereiten soll. Hiervon sollen lediglich ausgenommen werden:

a) Die auf Grund des Friedensvertrages für die interalliierten Truppen fahrplanmäßig zu befördernden regelmäßigen Bahn- und Nachschubtransporte.

b) Die im Auftrag der Militärstellen des Reichsschatzministeriums zwecks Verschrottung des militärischen Materials auszuführenden Transporte.

Die bestehenden Transporte sollen besonders gekennzeichnet werden. Alle übrigen Militärtransporte, also auch solche für die Reichswehr und Sicherheitspolizei werden von einer besonderen, in jedem Einzelfall einzuholenden Genehmigung des Reichswehrministeriums bzw. der Zentralstellen abhängig gemacht werden. Bei der Genehmigung dieser Transporte werden Vertreter der organisierten Arbeiterschaft beteiligt werden, um der Bevölkerung nur einwandfreie Transporte zu gewährleisten. Bis zur endgültigen Regelung der Frage durch die in Aussicht genommene Verordnung sollen nicht örtlich zu regelnde Zweifelsfälle sofort den zuständigen Zentralbehörden gemeldet werden, die den Arbeiterorganisationen unverzüglich die notwendigen Aufklärungen geben werden.

*

Bezüglich der Absendung des Transportzuges für die Sipo in Königsberg haben sich neue Schwierigkeiten ergeben. Gestern fanden abermals Besprechungen statt, in denen die Vertreter der Berliner Eisenbahner ein Schreiben des Gewerkschaftsvorstandes in Königsberg vorlegten. Danach stimmt die Menge der hier verladenen Munition bei weitem nicht mit den Mengen überein, die Polizeipräsident Lübbring-Königsberg durch Leutnant Tamschik angefordert hat. Die Eisenbahner behaupten nun, daß von anderer Seite der Versuch gemacht worden sei, unter der Flagge des Sipo-Transportes Geschütze und Munition nach Königsberg zu bringen und verlangen von der Regierung Aufklärung, für wen diese Waffen bestimmt waren.

Vom polnisch-russischen Kriegsschauplatz

Der „Winterfeldzug in Rußland"

b. Haag, 24. August.

Die Vorbereitungen des französischen Kriegsministeriums deuten mit Bestimmtheit darauf hin, daß man sich auf eine längere Dauer des polnisch-russischen Krieges vorbereitet. Die französische Provinzpresse bringt andauernd Mitteilungen über Ausbildung französischer Offiziere für den „Winterfeldzug in Rußland". In den mittelfranzösischen Geschoßwerkstätten arbeitet man mit verstärktem Personal. Ueber die Verwendung von Mannschaften in Polen beobachten dagegen die Provinzblätter das strengste Stillschweigen. Die Berichte lauten dahin, daß „im Westen (im besetzten Deutschland) Truppenverschiebungen stattfinden." In dem Kriegshafen Toulon herrscht intensive Tätigkeit, denn man bereitet dort eine Expedition vor, die die Versorgung Polens via Danzig und die Versorgung Wrangels über Sebastopol durchführen soll.

Im Gegensatz dazu wird dem „Petit Parisien" aus London gemeldet: Der Korrespondent des „Daily Expreß" erhielt von dem polnischen Gesandten in London folgende Erklärung: Polen kämpft einzig und allein darum, die bolschewistischen Armeen vom polnischen Gebiet zu verjagen. Wir wünschen, daß der Frieden schnellstens unterzeichnet wird, aber wir nehmen die Bedingungen nicht an, die an unserer nationalen Unabhängigkeit rühren, oder die eine Einmischung Fremder in unsere inneren Angelegenheiten verlangen. Dies ist der Standpunkt, den die polnischen Delegierten beständig im Verlaufe der Verhandlungen verteidigt haben und der durch die militärischen Ereignisse, ob sie für uns günstig waren oder nicht, niemals geändert wurde.

Eine neue polnische Nordarmee

w. Paris, 24. August.

Nach Mitteilungen der Abendpresse haben die Polen eine Umgruppierung ihrer Streitkräfte vorgenommen. Sie haben eine Nordarmee gebildet, die General Haller befehligt, und eine Armee des Zentrums, deren Oberbefehl Pilsudski übernommen hat.

w. Königsberg, 24. August.

Lagebericht. Im Verlauf des Nachmittags sind noch eine Schwadron und einige kleinere Abteilungen der Russen über die ostpreußische Grenze gekommen. Südöstlich Willenberg fand ein Gefecht mit abgeschnittenen Teilen des 3. Kavalleriekorps statt, welches versuchte, sich den Rückzug nach dem Osten zu erkämpfen. Eine Aufforderung der Polen, sich zu ergeben, wurde von den Russen nicht angenommen.

b. Warschau, 24. August.

Die polnischen Blätter melden, daß die bolschewistische Nordarmee westlich von Mlava mit dem Kommandanten der polnischen Truppen, General Sekorsky, Verhandlungen zwecks Kapitulation begonnen habe. Die bolschewistische Armee umfaßt etwa 50 000 Mann.

Bei den übergetretenen Russen, die, nachdem sie entwaffnet waren, mit Sonderzügen dem Internierungslager zugeführt worden sind, befindet sich eine Anzahl von Schwer- und Leichtverletzten. Ein Offizier sagte aus: „Wir waren so weit, daß wir einfach nicht mehr kämpfen konnten. Acht Wochen befinden wir uns im Vormarsch. Die Kavalleristen schliefen auf den Pferden, die Fußtruppen brachen nach der Schlacht bei Strasburg zusammen. Um der Gefahr der Gefangennahme zu entgehen, sind wir über die deutsche Grenze getreten."

Wie von der russischen Front verlautet, ist es der russischen Nordarmee gelungen, sich der drohenden Einschließung durch die Polen zum größten Teil zu entziehen. Der Hauptteil der Armee scheint in Sicherheit zu sein, während die Reste des Heers von den Polen verfolgt werden.

Die „Regierung von Südrußland"

w. Paris, 24. August.

Havas meldet aus Konstantinopel: General Wrangel veröffentlicht im Einverständnis mit dem Kosaken-Ataman einen Erlaß, wonach er sich den Titel eines Oberstkommandierenden der russischen Armee und seiner Regierung den Titel „Regierung von Süd-Rußland" beilegt.

b. London, 24. August.

Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Konstantinopel drahtet, daß die Bolschewiki gegen die ganze Front des Generals Wrangel aufmarschieren. Die Streitkräfte, die gegen den westlichen Flügel marschieren, haben die Linie zehn Meilen westlich der Eisenbahn Berdiansk—Alexandrowsk erreicht. Erbitterte Gefechte haben südwestlich von Orilkow stattgefunden, ebenso in der Gegend von Kahowka am Dnjepr.

Neue Aktion der 2. Internationale

Die Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratie veröffentlichen heute einen Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch welchen alle organisierten Arbeiter der Welt aufgefordert werden, jegliche Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern. Die Internationale will damit erreichen, daß die „gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland" eingestellt werden, worunter sie die Beendigung der polnischen Gegenoffensive versteht. Darüber hinaus aber fordert die Internationale „für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Ueberfall". Da die Munition und militärischen Hilfskräfte für die polnischen Angriffe in erster Linie von Frankreich geliefert werden, wird sich in den folgenden Tagen zeigen, ob sich die französische Arbeiterschaft ebenso im Schlepptau der Internationale befindet, wie die Sozialisten aller Parteien in Deutschland.

Der Oberlehrer-Beruf

Unter der Ueberschrift „Vom Oberlehrer — ein trauriges Kapitel" macht Dr. W. Reimer in der „Deutschen Zeitung" auf Grund statistischen Materials nachstehende Ausführungen, die ein erschütterndes Bild von den trüben Aussichten des philologischen Studiums geben:

— — Im ungeteilten Preußen gab es alles in allem etwa 12 000 Oberlehrerstellen. Durch den Friedensvertrag verlieren wir allein durch Abtretung 730 Stellen, der Abstimmung unterliegen 807. Diese Stellen fallen nicht nur für die Neubesetzung weg, sondern die zum großen Teil zurückwandernden ehemaligen Inhaber werden die bleibenden Stellen noch mehr verkürzen. Dazu kommt, daß nach Abbau der Vorschule und mit der Ausgestaltung der Einheitsschule noch eine weitere beträchtliche Zahl der verfügbaren Stellen für seminaristisch gebildete Lehrer bleiben muß. Die Nachfrage nach Oberlehrern wird also katastrophal verkleinert. — Und nun höre, was dem als Angebot gegenübersteht: Die Zahlen hat Dr. Bölitz in der Preußischen Landesversammlung angegeben: „Man schätzt heute die Zahl der Philologie-Studierenden auf 15 000, ja 20 000. Würden bei Annahme von nur 15 000 Studierenden im Laufe von 5 Jahren 66⅔ v. H. die Prüfung bestehen, so hätten wir 10 000 Anwärter für die Oberlehrerlaufbahn. Am 1. Oktober v. J. hatten wir in Preußen 2500 Assessoren, die noch nicht in Oberlehrerstellen eingerückt waren. Rechnet man hierzu die 10 000 Assessoren hinzu, so haben wir 12 500 Anwärter für die Oberlehrerlaufbahn gegenüber 600 jährlichen Neuanstellungen in den letzten Jahren. Die 12 500 Anwärter würden vollkommen für 21 Jahre ausreichen, und die Wartezeit 12 Jahre betragen; sie würden mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren Oberlehrer werden, und im ungünstigsten Falle mit 47 Jahren. Bei der traurigen Finanzlage Preußens wird Preußen in Zukunft nur etwa 350—400 Assessoren jährlich neu anstellen. Dann reicht der Vorrat für 31 Jahre, und die letzten kämen dann mit 57 Jahren in das Amt eines Oberlehrers."

Beiläufig bemerkt: durchschnittlich ist das höchste Amtsalter der Oberlehrer — an sich schon geringer als das der anderen akademischen Berufe — 52 Jahr! Und von dieser Schilderung sagt ein amtlicher Bericht noch vor kurzem, daß sie „längst nicht so schwarz ist, wie sie hätte sein können! Denn die Ausführungen des Abgeordneten Bölitz stimmen dann, wenn mit dem heutigen Tage der Zustrom aufhört. Da aber mit jedem Jahre neue hinzukommen werden und die Städte selbstverständlich immer Gewicht darauf legen, die jüngsten zu nehmen, wird für die jetzt vorhandenen die Sache noch viel ungünstiger." Es sei denn, daß gesetzmäßige Eingriffe die Jüngeren wieder zurückhalten. Dann wirst du, der du erst anfängst, noch schlechter dran sein.

Mit der Darlegung des Oberlehrergehaltes will ich dich nicht langweilen. Erstens bekommst du es erst in einigen dreißig Jahren, zweitens ist es wohl bis dahin längst anders, drittens wirst du inzwischen mit deinem Assessorengehalt fröhlich verhungert sein. Wenn aber nicht, so sage ich dir: dann hast du doch deine besten Mannesjahre in verbitterndem und zermürbendem Warten verdorben. „Dem Dienst an der Jugend aber", so sieht auch die Regierung ein, „können sich mit Erfolg nur freudige und für ihren Beruf und seine Aufgaben begeisterte Menschen widmen!" Traust du dir's zu, diese Wartezeit ohne schweren Schaden an Leib und Seele zu überstehen? Und — was doch auch ins Gewicht fällt — glaubst du, daß deine Schüler an dir Freude haben werden, wenn du als ein mißmutiger und verdrossener Stundengeber die Klassentür lieber von außen zumachst? Denke an deine Schulzeit! Es gab schon einmal eine solche Notzeit, es waren die 90er Jahre des großen „Hilfslehrerelends". Damals waren viele deiner heutigen Lehrer herumgestoßene Kandidaten, die froh waren, durch unentgeltlichen Vertretungsunterricht „in unterrichtlichem Zusammenhange", wie es so schön hieß, mit irgendeiner Schule stehen zu können. Ob es nicht vielleicht diese Zeiten waren, die viele von diesen zu dem gemacht haben, was du unter dem Ekelnamen des „Oberlehrers" zusammenfaßt? — Das aber werden paradiesische Zeiten gewesen sein gegen die, die nun kommen. Du wirst mich jetzt verstehen — wenn du „Oberlehrer" werden willst, so brauchst du nur versuchen, Oberlehrer zu werden. — Aber wundere dich nicht, wenn du eines Tages die seltsame Entdeckung machst, daß du in einem wunderlichen und durch die Sache in keiner Weise gerechtfertigten feindseligen Verhältnis zu deinen Zöglingen stehst und mit Walther von der Vogelweide, der auch böse erzieherische Erfahrungen gemacht zu haben scheint, klagen mußt:

„Die jungen habent die alten sô verdrungen. nû spottet alsô dar des alten! Es wirt in selben noch behalten: beitet, unz iuwer jugent zergê: swaz ir nû tuot, daz rechent iuwer jungen!"

Wie den Uebelständen abzuhelfen ist, das zu verhandeln würde hier zu weit führen. Ich sehe auch, daß sich, Gott sei Dank, schon viele verlaufen haben. Es war nicht schade um sie. Aber glaube mir: auch du bist noch zuviel! Du schüttelst den Kopf? Nun — wenn du's durchaus nicht lassen kannst — so kann ich dich nur noch — lieb haben!

*

— **Hochschulnachrichten.** Wie die „Hochschulkorr." erfährt, ist auf die an der Universität Rostock neuerrichtete ordentliche Professur für niederdeutsche Sprache und Literatur zum 1. Oktober 1920 der Oberlehrer Dr. Hermann Teuchert am Paulsen-Realgymnasium zu Berlin-Steglitz berufen worden. — Wie wir hören, ist der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller zum außerordentlichen Professor in der Berliner philosophischen Fakultät ernannt worden; ihm wurde das neuerrichtete Extraordinariat für Genossenschaftswesen übertragen. — Wie wir hören, ist dem Privatdozenten für indische Philologie an der Kieler Universität, Prof. Dr. Otto Strauß, ein Lehrauftrag für indische Philosophie erteilt worden. — Wie wir hören, hat der Göttinger Nationalökonom Prof. Dr. rer. publ. Joseph Eßlen einen Ruf an die Universität München erhalten. — Wie die „Hochschulkorr." erfährt, ist zur Wiederbesetzung des durch die Berufung des Professors Caratheodory in den griechischen Hochschuldienst erledigten Lehrstuhls für Mathematik an der Universität Berlin ein Ruf an Prof. Dr. Erich Hecke an der Hamburgischen Universität ergangen. — In der medizinischen Fakultät der Universität Königsberg habilitierten sich Dr. med. Wilhelm Hilgers, Leiter des Untersuchungsamts für ansteckende Krankheiten am hygienischen Institut für das Fach der Hygiene und Bakteriologie, und Dr. Rudolf Viktor Müller-Heß, Assistent am Institut für gerichtliche Medizin, für das Fach der gerichtlichen und sozialen Medizin.

— **„Die Großstädte und die Weltkrise"**, Professor Kjellens, des bekannten schwedischen Historikers neues Werk, das die Fortführung seiner in 19 Auflagen verbreiteten „Großmächte der Gegenwart" bildet, wird in aller Kürze im Verlage von B. G. Teubner, Leipzig, erscheinen. Kjellens eigenartige Geschichtsauffassung, die ihn die Großmächte als die größten Lebensformen der Erde gewissermaßen biologisch betrachten läßt, und die sowohl Bewunderung als auch lebhafte Erörterung ausgelöst hat, ist in dem neuen Buche festgehalten. In seinem ersten Teile gibt es Lebensbilder der Mächte, die das alte Großmachtsystem bildeten, in seinem zweiten Teile eine Kennzeichnung des Staatensystems, wie es aus dem Kriege hervorgegangen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0002

…ere Viehablieferungen an Frankreich

b. Frankfurt a. Main, 24. August.

…r Generalsekretär der anhaltischen Landwirtschaftskammer, …abgeordneter Dr. Georg, hat im Landwirtschafts… Herbst Mitteilungen über die Viehablieferung …e Feinde, namentlich Frankreich, gemacht, die dort …Entrüstung hervorgerufen haben. Er erklärte: Das …eutschland nach Frankreich für die zerstörten Gebiete …erte Vieh sei dort, teils abgeschlachtet, zu erheblichen … nach Holland verkauft worden. In Holland sei … das Vieh wieder für Deutschland auf…ft worden, eine Tatsache, die die Widersinnigkeit …ersailler Vertrags aufs neue bestätige. In Paris wird …ffen erklärt, daß die jetzigen Lieferungen nur eine Ab…ahlung gewesen sei, denn es werden weitere Vieh…ieferungen gefordert werden.

…e Auslieferung und Zerstörung des deutschen Kriegsgeräts

…ie englische Regierung erteilte auf die Anfrage eines Ab…eten nach dem Stande der Auslieferung und Zerstörung …eutschen Kriegsmaterials seit der Konferenz in Spa …e Auskunft:

…were Geschütze abgeliefert bis zum 5. August 5360, davon …ert zwischen 3. Juli und 5. August keine. Schwere Ge… zerstört bis zum 5. August 2577, davon zerstört zwischen …i und 5. August 1064. Feldgeschütze und Haubitzen ab…ert bis 5. August 20 057, davon abgeliefert zwischen 8. Juli … August 164. Feldgeschütze und Haubitzen zerstört bis …ugust 15 893, davon zerstört zwischen 8. Juli und 8. August … Kleinere Waffen abgeliefert bis 5. August 1 570 958, davon …fert zwischen 3. Juli und 5. August 19 196. Kleinere … zerstört bis 5. August 1 158 848, davon zerstört zwischen …i und 5. August 246 956. Flugzeuge und Wasserflugzeuge …iefert bis 31. Juli 128, Flugzeuge und Wasserflugzeuge zer… bis 31. Juli 813. Luftschiffe ausgeliefert bis 31. Juli 1, …schiffe zerstört bis 31. Juli 1.

Die Zahl der ausgelieferten Luftschiffe bezieht sich natürlich auf England, das den „L. 71" erhalten hat; bekanntlich ist aber schon ein weiteres Zeppelinluftschiff, der „L. 72", an Frank… ausgeliefert worden.

Katastrophenpolitik

Die Frankfurter Stadtverordneten haben 13,27 Millionen … für Lohnerhöhungen der städtischen Arbeiter bewilligt, …dem gerade erst zur notdürftigsten Deckung des vorläufig …ittelten Fehlbetrages die Steuern und Gebühren in einem … Maße erhöht werden mußten, daß sie für die meisten …onen kaum noch erträglich sind. Die Frage der Deckung …e nur ganz kurz gestreift; dabei mußte sich der Stadt…merer zu der Erklärung verstehen, daß er Vorschläge für Deckung nicht zu machen habe. Die Deckungsfrage be…gend zu lösen, erscheint demnach ausgeschlossen. Das ist, … einen bestimmten Fall herauszugreifen, schon daraus er…ch, daß allein die Mehrbelastung für jeden Straßenbahn…ter sich auf rund 1300 Mark jährlich beläuft, die aus er… Tarifen unmöglich herauszuwirtschaften ist, weil weitere …nspannungen infolge Minderbenutzung den Fehlbetrag … größer machen würden.

Angesichts derartiger Verhältnisse Lohnerhöhungen zu be…gen, ist ein Verfahren, für das ein milderes Wort als das „Katastrophenpolitik" nicht angebracht ist. Es ist zuzu…, daß trotz größerer Einkommenssteigerungen die Lebens…ung für viele Arbeiter auch heute nicht gerade rosig ist. Die …iter müssen sich aber sagen, daß sie durch die verfehlte …schaftspolitik ihrer Vertreter seit Ausbruch der Revolution … größten Teil der Schuld an den jetzigen Zuständen tragen … daß es den Angehörigen anderer Berufe nicht besser, z. T. …r viel schlechter geht als den Arbeitern. Vor allem müßte … allmählich bei ihnen die Erkenntnis kommen, daß es besser … sich jetzt einzuschränken, als nach kurzer Zeit arbeitslos zu …den. Denn daß es dahin kommen muß, zeigt das er…ckende Ansteigen der Ziffer der Erwerbslosen, das in der …legung bezw. Einschränkung zahlreicher Betriebe, vor allen …gen auch städtischer, wegen Mangel an Rentabilität seinen …und hat. Schließlich müssen die Arbeiter sich auch sagen, daß … von ihnen vorgebrachten Gründe des Steuerabzuges und … gesteigerten Teuerung nicht zutreffend sind, da die Steuern … die Tarife bereits einkalkuliert sind und da wir nicht im …chen der Teuerung, sondern in dem des Preisabbaues stehen.

Wenn andere Kreise auch ein derartiges kurzsichtiges Ver…ten wie die Frankfurter Arbeiter und der Frankfurter …gistrat an den Tag legen sollten, dann besteht die große Ge…r, daß die Preiskurve sehr bald wieder einen scharfen Knick … Oben bekommt. Denn das Bedenklichste bei dem Frank…ter Vorgang ist die Möglichkeit der Rückwirkung auf die …beiter anderer Betriebe, vor allen Dingen die der Industrie, und auf die Beamten und Angestellten. Die Entstehung neuer Lohnerhöhungen muß aber mit allen Mitteln verhindert werden, wenn nicht die jetzige Krise weiter unheilvoll verschärft werden soll. Nach diesem Gesichtspunkt müssen sämtliche Personen handeln, die noch irgend einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl in sich spüren.

Die Tätigkeit der dritten Internationale

b. London, 24. August.

Der Genfer Korrespondent der „Morgenpost" meldet, daß russische Bolschewistenführer im Ausland geheime Instruktionen aus Moskau erhielten, in denen u. a. erklärt wird: Die dritte Internationale wird ihre Tätigkeit in sämtlichen Ländern Westeuropas, im Osten und in Amerika fortsetzen, auch wenn der Frieden geschlossen ist. Die bolschewistischen Kommissionen im Ausland werden die Streiks organisieren und führen. Die benötigten Gelder werden von Moskau gegeben werden.

Die „kleine Entente"

da. Prag, 24. August.

Der Abschluß des tschechisch-südslawisch-rumänischen Schutzbündnisses steht anläßlich der Anwesenheit Dr. Beneschs in Bukarest unmittelbar bevor. Der bulgarische Ministerpräsident Stambulanski reist ebenfalls nach Bukarest ab, um sich von dort nach Belgrad und Paris zu begeben.

Zwischenfall in Berlin

b. Berlin, 23. August.

Gestern nachmittag kam es vor dem Hotel Saxonia in der Budapester Straße zwischen einem Straßenpassanten und einem italienischen Unteroffizier zu einem Zwischenfall, der eine größere Ansammlung zur Folge hatte. Sicherheitsbeamte stellten die Namen der Beteiligten fest und zerstreuten die Menge. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Volkswirtschaft

Geldmarkt und Banken

Abrechnung der Valutakredite. Nach den bestehenden Vorschriften des Reichsausgleichsgesetzes werden Valutabeträge die deutsche Firmen feindländischen Banken oder Filialen deutscher Banken im feindlichen Auslande aus der Vorkriegszeit schulden, zum Vorkriegskurs abgerechnet. Diejenigen Firmen aber, die die gleichen Valutakredite im feindlichen Auslande durch die Vermittlung deutscher Banken in Deutschland in Anspruch genommen haben, werden jetzt von diesen aufgefordert, die Schulden zum Tageskurse abzudecken. Dies kommt einer empfindlichen Strafe in der Höhe bis zum 10—20fachen des ursprünglichen Betrages für die Firmen gleich, die mit deutschen anstatt englischen Banken gearbeitet haben. Da es sich hierbei nicht nur um eine Unzulänglichkeit des Reichsausgleichsgesetzes sondern auch sachlich um nicht geklärte Ansprüche handelt, haben der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels, Berlin, Verhandlungen mit den beteiligten Regierungsstellen und den deutschen Banken zur Beseitigung der Mißstände aufgenommen. Die Verbände halten es deshalb für erwünscht, wenn die daran interessierten Firmen zwecks einheitlichen Vorgehens sich mit ihnen in Verbindung setzen würden und evtl. schwebende Prozesse vor dem Reichswirtschaftsgericht vorläufig nicht zum Abschluß bringen.

Zur Eröffnung der Kieler Börse. Die am 16. August abgehaltene Sitzung des Börsenausschusses der Handelskammer hat beschlossen, die Eröffnung der Kieler Börsen-Versammlung auf Sonnabend den 11. September, zu verlegen, da am 4. September in Flensburg eine Versammlung der Banken Schleswig-Holsteins stattfindet und es wünschenswert erscheint, daß bei der Eröffnung der Börse die Banken vertreten sind.

Aktiengesellschaften

Zimmermann-Werke A.-G. in Chemnitz. Wie Leipziger Blättern aus Chemnitz geschrieben wird, ist der Geschäftsgang in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre recht günstig gewesen, so daß ein sehr zufriedenstellender Abschluß zu erwarten steht. Die Gesellschaft dürfte daher in der Lage sein, die im vorigen Jahre unterbrochene Dividendenzahlung in befriedigender Weise aufzunehmen.

Werkzeugmaschinenfabrik Union (vorm. Diehl), A.-G. in Chemnitz. Dividendenvorschlag für 1919/20: 20 Prozent (gegen 15, 25, 20, 15 Prozent in den Jahren 1918/19—1915/16).

Sondermann u. Stier, A.-G. in Chemnitz. Dividendenvorschlag für 1919/20: 15 Prozent (gegen 6, 15, 6, 4 Prozent in den Jahren 1918/19—1915/16).

Maschinenbau-A.-G. vorm. Beck u. Henkel, Kassel. Der Zulassungsantrag für die 1,05 Mill. Mk. neuen Aktien zur Frankfurter Börse wurde auch von dem hiesigen Bankhause J. Dreyfus u. Co. gestellt.

Zusammenschluß der Weserwerften. Gleich den Werften der Oder, der Elbe und des Rheins haben sich die Werften der oberen und unteren Weser zu einer Gruppe des Vereins der Flußschiffswerften Deutschlands zusammengeschlossen.

Handel, Industrie, Handwerk

Preisermäßigung für Holzschrauben, Schwarze Schrauben, Muttern und Nieten. Der Bund der Eisenwaren-Großhändler Deutschlands E. V. Berlin W. 8, Friedrichstr. 71, hat dem Vorgehen des Werk-Syndikates bezw. der Werke entsprechend, die Handelspreise für seine Gruppe I, Holzschrauben und Gruppe II, Schwarze Schrauben, Muttern und Nieten herabgesetzt. Auf Wunsch ist die Geschäftsstelle zu weiteren Auskünften bereit.

Wiederaufnahme der Erzverschiffungen nach Deutschland. Wie die T.-U. meldet, haben die Arbeiter der Erzgesellschaften in Narwik beschlossen, auf Grund eines neuen Abkommens die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Verschiffungen größerer Eisenerzmengen nach dem Ruhrgebiet über Narwik sind in die Wege geleitet.

Prager Herbstmesse. Laut Mitteilung des Verwaltungsrates der Prager Herbst-Mustermesse wurde beschlossen, den Tag der Eröffnung der Messe auf den 12. September 1920 zu verschieben, so daß die Messe vom 12. bis 28. September stattfindet

---

Provinz Sachsen

„Fingierte" Felddiebstähle

Der „Anzeiger von Teutschenthal", in dem man kürzlich eine Verordnung betreffs Wiedereinsetzung der Arbeiterräte lesen konnte, bringt in seiner letzten Nummer eine nicht minder interessante Bekanntmachung des Kreisausschusses des Mansfelder Seekreises über Felddiebstähle, in der es u. a. heißt, daß:

1. die Angaben der Feldbesitzer in bezug auf die Felddiebstähle zum Teil stark übertrieben sind;
2. in den meisten Amtsbezirken die Felddiebstähle gegen das Vorjahr nicht zugenommen haben und da, wo den Arbeitern genügend Pachtland überlassen worden ist, Felddiebstähle so gut wie gar nicht vorkommen;
3. bei manchen Gutsbesitzern vermutlich die Absicht besteht, umfangreiche Felddiebstähle zu fingieren, um das Ablieferungssoll an Getreide und Kartoffeln herabzudrücken.

Es spricht aus dieser Verfügung ein so offensichtliches Mißtrauen und Vorurteil gegen die Gutsbesitzer, und zwar von einer Seite, von der man als einer amtlichen Stelle Unparteilichkeit erwarten sollte, daß es sich eigentlich erübrigte, auf die Verordnung näher einzugehen. Gleichwohl sei zu den drei Punkten folgendes gesagt: Wenn der Kreisausschuß die Angaben der Feldbesitzer hinsichtlich der Felddiebstähle für übertrieben hält, so läge doch nichts näher, als eine Untersuchung jedes einzelnen Falles durch die zuständigen Organe. Wenn weiter behauptet wird, daß die Felddiebstähle gegenüber dem Vorjahr nicht zugenommen haben, so ist dies wohl eine Ansicht, der der Kreisausschuß so ziemlich allein huldigt. Beleidigend ist die Behauptung, daß die Gutsbesitzer Felddiebstähle fingierten, und zwar mit dem Hinweis auf das Ablieferungssoll von Getreide und Kartoffeln. Was hätte dies wohl für einen praktischen Wert in einer Zeit, da die Aufhebung der Zwangswirtschaft nahe bevorsteht?

Die Verordnung des unabhängigen Herrn Kreisdeputierten enthält also nicht nur schwere Beleidigungen gegen die Gutsbesitzer, sondern zeugt auch von einer sehr großen sachlichen Unkenntnis. Unter dem „fluchbeladenen" alten Regime hätte man derartige Verordnungen wohl schwerlich erlassen können.

---

g. **Aus dem Saalkreise,** 23. August. (Stockrüben.) In verschiedenen Rübenfeldern zeigen sich auch in diesem Jahre ausnahmsweise viele Stockrüben, jene in Samen treibenden aufschießenden Früchte. Als Ursache dieser Erscheinung werden einmal die Hitze und dann eine gar zu frühe Bestellung der Rüben angesehen, wozu das zeitige und prächtige Frühjahr Veranlassung bot. Den Fabriken sind derartige Rüben nicht genehm, da sie wenig Zuckergehalt besitzen.

— **Eisenberg,** 23. August. (Folgen der Schundliteratur.) Zwei Burschen im Alter von 17 und 18 Jahren hatte nach dem Lesen von Schundliteratur die Abenteurerlust gepackt. Der eine entwendete seinem Vater etwa 2500 Mark, kaufte für rund 1200 Mark Ausrüstungsgegenstände, darunter auch Revolver, und teilte den Rest des Geldes brüderlich mit seinem Freunde, dem jedoch von dem Diebstahl nichts bekannt war. Als die Reise in die unbekannte Ferne angetreten werden sollte, vereitelte die Polizei den Plan.

d. **Halberstadt,** 24. August. (Ein furchtbares Unglück) hat sich auf dem Portlandzementwerk Schwanebeck zugetragen. Der erst kürzlich mit einem Kostenaufwand von einer Million Mark erbaute große Kohlenbunker ist plötzlich zusammengestürzt, ehe die Abnahme erfolgt war. Unter den Trümmern wurden der Verlademeister Witte und der Arbeiter Dumke begraben und getötet. Ob das Unglück durch einen Konstruktionsfehler oder durch schlechte Materialbeschaffenheit hervorgerufen ist, steht noch nicht fest.

— **Blankenhain,** 23. August. (Die angestrebte Uebernahme der Bachsteinschen Eisenbahnen auf das Reich) ist nach einer Mitteilung des Staatsrats von Thüringen an den hiesigen Bürgermeister vom Reichsverkehrsminister zurzeit als aussichtslos bezeichnet worden.

n. **Weißenfels,** 23. August. (Ertrunken.) Beim Baden ertrank in der Saale bei Leißling die etwa 23jährige Tochter des hiesigen Sanitätsrates Dr. Mundt, die kurz vor ihrer Verheiratung stand.

— **Schkölen,** 23. August. (Raubmord.) Der 68jährige Guts- und Mühlenbesitzer Becker aus Zschorgula war mit seiner Flinte bewaffnet zum Schutze seiner Felder ausgegangen. Heute morgen wurde er in einem kleinen Flüßchen mit einer Kopfschußwunde tot aufgefunden. Das Gewehr, Geldbörse und die Uhr waren ihm abgenommen. Der Mörder ist noch unbekannt.

— **Stadtlengsfeld,** 23. August. (Der Ausstand der landwirtschaftlichen Arbeiter) ist nach Annahme der von den Arbeitern gestellten Forderungen beendet worden. Die Arbeiten wurden wieder aufgenommen.

— **Jena,** 23. August. (Die Senkung der Braunkohlen- und Brikettpreise) hat auch eine Herabsetzung der Strompreise für den Versorgungsbereich der Thüringischen Elektrizitätsversorgungs-Gesellschaft zur Folge gehabt. Die Strompreise regeln sich bekanntlich selbsttätig auf Grund der Teuerungsklausel, nach der für jede Mark Preisabschlag für die Tonne Braunkohlenbriketts sich der Lichtgrundpreis um 1 Pfg., der Kraftgrundpreis um 0,5 Pfg. ermäßigt. Der niedere Strompreis tritt mit Wirkung ab 1. August in Kraft.

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes Mittwoch: Zeitweise aufklärend, vorwiegend trocken, wärmer.

…Busoni an die Berliner Akademie der Künste berufen. Der …inister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Kom…isten Dr. Ferrucio Busoni mit der Leitung einer Meister…e für musikalische Komposition an der Berliner Akademie …r Künste betraut. Die zwei anderen Meisterklassen für musi…lische Komposition leiten Professor Dr. Georg Schumann und …r. Hans Pfitzner. Durch die Berufung Busonis erfährt das …usikalische Deutschland und zumal Berlin eine besonders dank…r empfundene Bereicherung. Der große Tonkünstler ist am … April 1866 zu Empoli bei Florenz geboren. Seine Mutter …nna Weiß-Busoni, eine treffliche Pianistin, war väterlicherseits …on deutscher Abstammung. Bereits 1882 wurde Busoni Mit…lied der Philharmonischen Akademie zu Bologna, unternahm …rfolgreiche Konzertreisen im Ausland und erhielt 1888 eine …ehrerstelle am Konservatorium zu Helsingfors. Zwei Jahre …päter wurde er durch Verleihung des Rubinsteinpreises für …omposition in Petersburg ausgezeichnet, wurde Professor am …oskauer Konservtorium, ging jedoch bald darauf nach Boston, …o er am New England Konservatory unterrichtete. Seit 1894 …ebte Busoni in Berlin und hatte hier großen Erfolg als Pianist. …907—08 war er als Nachfolger Sauers Leiter der Klavier-Meisterklasse am Wiener Konservatorium, kehrte dann nach Berlin zurück und wurde 1913 Studiendirektor des altberühmten Liceo musicale in Bologna. Während des Krieges lebte Busoni in Zürich. Von seinen zahlreichen Kompositionen nennen wir u. a. … Streichquartette, 2 Violinsonaten, eine Klaviersonate, viele Klavierstücke, 2 Opern: Die „Brautwahl" (kam in Hamburg und Mannheim zur Aufführung) und „Turandot und Armechino", die vom Intendanten v. Schillings für diese Saison zur Aufführung im staatlichen Opernhaus aufgenommen wurde. Auch schrieb Busoni einen „Entwurf der Aesthetik der Tonkunst". Busoni ist u. a. Ehrendoktor der Universität Zürich.

Eine neue Dramengattung. Für die kommende Pariser Theatersaison ist die Einführung einer neuen Dramengattung geplant. Es ist das Stück in Fortsetzungen. Die Urheber der Idee sind die im Ausland unbekannten, in Paris aber in den letzten Jahren erfolgreich gewesenen Komödiendichter M. Sernay und M. d'Uces, die eine Reihe zugkräftiger Kassenstücke auf die Bühne gebracht haben. Sie wollen nun, sehr zum Mißfallen ihrer dramatischen Kollegen, die befürchten, durch das Stück in Fortsetzungen zu kurz zu kommen, den Versuch machen, das Publikum für ihre Neuheit zu gewinnen. Zu der Methode der „Fortsetzungen" hat sich übrigens auch kein Geringerer als Maurice Maeterlinck bekannt, der die Handlung seines zarten Spieles „Der blaue Vogel" in einem neuen Stücke weiterspinnt, das in 5 Akte und 12 Szenen geteilt ist und „Die Verlobung" heißt. Wenn diese Uebung allgemeine Aufnahme findet, meinte ein bekannter französischer Literat, wird das Pariser Theater bald dem chinesischen ähneln, wo Abend für Abend der dramatische Faden mit unerschütterlicher Gelassenheit weitergeführt wird, so daß man Montag mit der Exposition beginnt, etwa Mittwoch bei der dramatischen Verwicklung hält und den Ausgang der Katastrophe nicht vor Samstag erfährt.

Ein allbritischer Theatertrust. Die einheitliche Zusammenschließung der Theater, die in den englischen Dominions bereits große Fortschritte gemacht hat, soll nun in einer riesigen Vereinigung über das ganze britische Reich ausgedehnt werden. Der Präsident der „Trans-Kanada-Theater-Gesellschaft", die mehr als hundert kanadische Theater umfaßt, George Driscoll, hat mitgeteilt, daß ein allbritischer Theatertrust im Entstehen ist, dem alle Theaterdirektoren und Theaterbesitzer in England unter der Führung von Sir Alfred Budt und ebenso alle Theaterleiter in Kanada, Neuseeland und Südafrika angehören werden. Auf diese Weise würde eine Vereinigung entstehen, die 1200 Theater besitzt und über 5000 bis 6000 Theater einen entscheidenden Einfluß ausübt.

„Gentleman". Die französische Akademie hat nach langen und ausgiebigen Beratungen das Wort „Gentleman" in das offizielle französische Diktionär aufgenommen. Im Gegensatz zu dem Worte Gentil-Homme, das nach der Auslegung der Akademie „einen Mann bedeutet, der, ohne aus adliger Familie zu stammen, hochgemute Empfindungen, elegante Manieren hat und edle Taten verrichtet", wird Gentleman erklärt als „ein englisches Wort, das im Französischen manchmal im metaphorischen und moralischen Sinne gleich wie das Wort Gentil-Homme gebraucht werde."

— **Robinson Crusoes Insel als Ausflugsort.** Die Insel Juan Fernandez, auf der die Geschichte Robinson Crusoes spielt, wird nach einer Mitteilung des Prof. W. A. Bryan, Vorsitzenden der Historischen Gesellschaft von Hawaii, nächstens ein Ausflugsort für Touristen werden. Die chilenische Regierung plant nämlich angeblich die Schaffung eines Nationalparks mit Unterkunftsräumen für Ausflügler auf der Insel und wird zu diesem Zwecke moderne Hotels dort erbauen.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport i. V.: Ernst Messerschmidt; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0003

Spediteur Hilmar Kaufmann, Fernsprecher 6432 empfiehlt sein

Magdeburger Strasse 57 belegenes **Privatgleis**

zur schnellsten und billigsten **An- und Abfuhr von Waggonladungen.**

Saalschloss-Brauerei.

Mittwoch, den 25. August 1920, abds. 1/28 Uhr

Grosses Konzert,

ausgeführt von Musikkorps der Sicherheitspolizei. Leitung: Staatl. Musikdirektor L. Kott.

Neu! Abends 10 Uhr Neu!

Erinnerungen an den Weltkrieg.

Grosses Schlachtengemälde von L. Kott.

Hierzu:

Riesenfeuerwerk,

ausgeführt von den Kunstfeuerwerkern **Gebr. Pfeiffer & Bock.**

Eintritt 2.— Mk., Kinder 1.— Mk. einschl. Steuer.

F. Winkler.

Hohenzollernhof

(Grand-Hotel), Magdeburgerstr. 65.

Heute Dienstag: **Tanzabend.**

Magdeburger August-Rennen

500 000 Mark Preise.

Die grössten Rennen des Jahres.

Donnerstag, den 26. August, 3 Uhr. Sonnabend, den 28. August, 3 Uhr. Sonntag, den 29. August, 2½ Uhr.

Bequeme Zugverbindung von allen Stationen.

Privat-Wohnungsnachweis: Sekretar. Magdeburger Rennverein, Magdeburg, Breiteweg 41 II.

Gremsmühlen Sanatorium Diätreform Haus Seebliek. Fernruf 100.

Entbindungsheim Mutterglück. Fernruf 5.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.

Juwelen — Gold — Silber.

Fürs Vaterland

Roman aus großer Zeit

Von Anna Grack. Preis 3.50 Mark.

Unzählige, die durch den Krieg Schweres erlitten haben, werden in diesem Buche Trost und Erbauung finden. Durch die schlicht-warmherzige Schreibweise weiß die Verfasserin einen ergreifenden Eindruck zu hinterlassen. Es ist etwas Hohes und Heiliges um das Vaterland!

Verlag Otto Thiele, Halle-S.

Leipziger Straße 61/62.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Ursula** mit Herrn Dr. rer. pol. **Wilhelm Rehfeld** beehren wir uns anzuzeigen.

Hermann Wollmann u. Frau

Elisabeth geb. Karger.

Halle a. S., d. 24. 8. 1920. Merseburgerstr. 1.

Meine Verlobung mit Frl. **Ursula Wollmann** gestatte ich mir ganz ergebenst anzuzeigen.

Wilhelm Rehfeld,

Dr. rer. pol. und Leutn. d. R. im Feldart.-Regt. 75.

Wörmlitz bei Halle a. S.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Kinder **Elisabeth** und **Oskar** geben hierdurch bekannt

Emil Schimpf u. Frau

Elisabeth geb. Loebel.

Frau verw. Schröder

Selma geb. Reinrich.

Groß-Gräfendorf-Schotterey August 1920.

Elisabeth Schimpf

Oskar Schröder

Verlobte.

Gr.-Gräfendorf-Schotterey.

Für Familien-Festlichkeiten

empfiehlt vornehme Verlobungs- und Vermählungs-Drucksachen in reichster Auswahl und bester Ausführung in allen Preislagen die

Buch- und Kunstdruckerei Otto Thiele

Verlag der Halleschen Zeitung

Solbad Fürstenthal (Robert Franzstr. 10) stark Radiumgehalt.

Tapeten in großer Auswahl. **Walter Sommer,** Leipzigerstr. 32. Tel. 3362

Sommersprossen. Hautunreinigkeiten entfernt **Hera-Creme.** Engel-Apotheke. Kleinschmieden 6. - Postversand.

Tüchtige Wichse

ist halbe Arbeit. Darum verwendet die praktische Hausfrau mit besonderer Vorliebe **„Ankerlin"** da damit in nur wenigen Augenblicken mühelos jedem Schuhwerk unvergleichlicher, vornehmer Glanz verliehen wird.

Fabrik: Schmitt & Förderer Cassel-W.

Generalvertretung für Halle a. S. **Richard Relius,** Wilhelmstr. 31 II.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche **waschen?** Nur noch in der **Dampf-Waschanstalt Halloren** Spezialität: Hol- u. Bringwäsche nach Gewicht **Marienstrasse 2** Telephon 5692. 2 Minuten vom Bahnhof entfernt. Telephon 5692.

Gutes dauerhaftes Gummiband d. Strumpfs. kauft man Schneeschach., Gr. Steinstr. 84

Wir kaufen jeden Posten

Rebhühner

zu höchsten Tagespreisen.

Pottel & Broskowski

Erbitte Anstellungen in

Blaumohn, Senfsaat, Leindotter, Leinsaat,

wonach sofort Bescheid erfolgt.

Jean Sissié, Getreidegroßhandlung, Hamburg 36.

Drahtanschrift: Haferhandel. Fernsprecher: Elbe 0219—20—21.

Apollo-Theater Tägl. 8 Uhr

Der Schlager des Hellendorf-Theaters zu Berlin:

„Eine Nacht im Paradies"

Optte. i. 3 Akt. v. W. Brommse.

Nur noch bis einschl. Sonntag, d. 30. ds.

Eigl's Anatomie „Der Mensch"

Wintergarten, Magdeburgerstrasse 66, Täglich früh 9 bis abends 10 Uhr.

Eintritt Mark 1.50.

Sehr preiswertes Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

ca. 200 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung. Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik **Albert Martick Nachf.** Inh. Richard Ziemer, Halle a. S., Alter Markt 2.

Dauerhafte **Reisekoffer** sehr billig. **H. Krasemann,** nur Schmeerstr. 19.

Säcke

aus Papiergewebe für **Kartoffeln, Zwiebeln, Gemüse** u. in großen Posten schnell lieferbar offerieren

Vereinigte Sack- u. Jutewaren-Fabriken G. m. b. H.,

Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 4. Telef. Kgst. 2961/62. Tel.-Adr. Jutewaren-Berlin.

Brennholz

Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ungesägt, bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 5 Ztr. an

Sachse & Müller

Fernruf 6059. Sordiverkauf.

Große Malzfabrik

übernimmt **Trocknungsarbeiten jeglicher Art**

auch bietet dieselbe ihre für alle Zwecke geeigneten großen Lagerräume an. Anfragen bitten unter Z. 2917 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. zu richten.

Zwei Hansa-Lloyd Motor-Pflüge

Trecker mit Anhängepflügen, viericharig, bis 40 cm tief pflügend, Anhängevorrichtung für andere Geräte, mit Preisvorrichtung und Anrichtung, tadellos erhalten, wie neu, noch neuerdings gearbeitet, komplett pro Stück 60 000 Mk. Garantie und bei kostenloser Anlernung bei Wirtschaftsänderung sofort zu verkaufen.

G. Neuhauß, Selchow Kreis Teltow.

Ca. 11 000 fm Grubenholz

Kiefer und Eiche, ab pfälzischen Stationen sofort verladbar, abzugeben. Angeb. unter T. 3281 an D. Frenz, G. m. b. H., Mannheim.

Fahrgeleisschwellen

2000 Stück neue, gesunde Kieferschwellen, vierseitig gesägt, 1.80 m lang, 16 cm hoch, 20/22 cm durchmesser, sofort lieferbar zu Mk. 25.— pro Waggon zu verkaufen. Eilofferten unter Z. 2916 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

1 Gras- u. Kleemähmaschine

(Original Albion) verkauft preiswert

Rud. Rödel, landwirtschaftl. Maschinen Halle a. S., Prinzenstr. 17.

Von Mittwoch d. 25. d. Mts. steht ein großer Transport schwerer und mittlerer, 5- bis 8jähriger

Wagen- u. Arbeitspferde

(Dänen u. Ostpreußen, langschwer) in meinen Ställungen Gasthof zum grünen Hof, Große Steinstraße 50, unter bekannter Garantie preiswert zum Verkauf u. Tausch.

Max Döring.

Fernspr. 5238.

Ein überzähliges, starkes **Maultier** (auch Stute) verkauft Arbeiterkolonie Sepp (Station Zahna).

Carl Beiselen, Kunstdüngerfabrik Söflingen bei Ulm a. d. Donau. Telegr.-Adr.: Beiselen Söflingen.

Spezialität: **Kalkstickstoff** Billigste und schnellste Besugquelle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle. 24. August.

Eine Volksbühne für Halle!

Der ermüdenden Berufsarbeit, dem aufreibenden Ringen des Tages muß der erbauende, den Geist und den Charakter bildende Abend folgen. Nach der Unrast des Tages: abendliche Weihestunden der Kunst! Die Kunst allem Volke!

Aber nicht von oben dargeboten, nicht als Geschenk gegeben, nicht als Wohltat gespendet. Nein. Das Volk soll sich seine Organisation für Kunstpflege selber schaffen. Das Volk muß sich seine Volksbühne selber aufbauen!

Die glückliche Stunde für einen Volksbühnenverein in Halle hat geschlagen. Alle Vorbedingungen sind da. Es fehlt nur der Ruf zur Tat. Wohlan: wir rufen das Volk zum Werk! Die erste Werbestufe ist bereits geformt.

Unsere Beglaubigung ist eine gute. Wir stammen aus allen Volkskreisen, wir umfassen alle Strebungen und Strömungen von links bis rechts. Aber wir lassen hier die sozialen Unterschiede daheim und betonen für diese große Volkssache nur den gemeinsamen Willen zur Kunst und Kultur. Unser Streben gilt dem Ziel: Wie sichern wir gemeinsam dem ganzen halleschen Volke vollendete Theaterkunst? Die Frage ist gelöst — wenn Tausende den Weg beschreiten.

Der Stadt Halle gehört das Thaliatheater. Die Künstler des Stadttheaters sind verpflichtet. Ein Volksbühnenverein mit Tausenden von Mitgliedern könnte sich zu angemessenen Preisen vortreffliche Vorstellungen sichern. Er wird seinen Aufgabenkreis erweitern durch Veranstaltung von künstlerischen und literarischen Abenden. Alle Beteiligten sind willig, alle Kräfte bereit.

Die „Volksbühne" würde sich die Stücke selbst bestimmen können. Die herrlichsten Werke der Klassiker, die besten Stücke der Moderne, die beachtlichsten Arbeiten der Sucher und Stürmer — alles kann aufgeführt werden, wenn die Volksbühne es beschließt. Volle künstlerische Selbstverwaltung durch den künstlerischen Vorstand und die Generalversammlung!

Das ist das eine große Prinzip.

Und das andere ist: völlige soziale Gleichberechtigung an der Stätte der Kunstdarbietung. Die Mitglieder der Volksbühne vereinen sich zu Abteilungen, die bei den Vorstellungen einmal in den ersten fünf Reihen, dann in den nächsten fünf Reihen und so fort die Plätze einnehmen. Es gibt keine Bevorzugung — und auch der so oft verstimmende „Zufall" bei der Auslosung der Plätze wird vermieden.

Jedes Mitglied hat völlig gleichen Anteil — an der Mitbestimmung wie am Kunstgenuß.

So erbaut sich aus dem Volk heraus die freie Kunstgemeinde.

Nun laden wir die Einwohner Halles zur Gründung ein. Alle Volkskreise sollen sich ihren Anteil am großen Werke sichern.

Am Sonntag, dem 5. September, vormittags 10½ Uhr wird im Thaliatheater die Gründungsversammlung sein.

Alle Vorarbeiten sind im Gange, der Gründungsversammlung werden wichtige Vorschläge gemacht werden können. Sie wird den künstlerischen und geschäftlichen Vorstand zu wählen und die erste Vorstellung für Mitte Oktober vorzubereiten haben.

Und nun auf zur Tat! Wer möchte säumen, wenn zum Aufbau edler Volkskultur gerufen wird?!

Wir rufen alle Strebenden: Kommt, helft, schafft euch und dem Volke die große, freie, sich selbst verwaltende Kunstgemeinde!

•

Becher, Vorsitzender der Literarischen Gesellschaft; Emil Bartel, Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften; Wilhelm Bender, Vorsitzender des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten, Ortsgruppe Halle; Karl Bock, Schriftleiter (Volksblatt); Wilhelm Borchardt, Gewerkschaftsbund der Angestellten; Kurt Borges, Kaufmann, Stadtverordneter; Theodor Brauns, Bevollmächtigter des Deutschen Bauarbeiterverbandes; Artur v. Broecker, Pfarrer; Paul Dürrfeld, Post-Betriebsassistent, Allgemeiner Reichsverband deutscher Postbeamten; Martin Feuchtwanger, Redakteur (Saale-Zeitung); Dr. August Finger, Universitätsprofessor, Stadtrat; Frischeisen-Köhler, Universitätsprofessor; Fritz Franke, Studienrat; Otto Gittel, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes; Frl. Dr. Agnes Gosche, Direktorin der Städtischen Frauenschule; Hermann Haase, Rektor; Professor Hahne, Direktor des Provinzialmuseums; Paul Hennig, Stadtverordnetenvorsteher; Paul Hopf, Angestellter des Metallarbeiterverbandes; Paul Horn, Bildhauer; Wilhelm Jost, Stadtbaurat; Prof. Dr. Wilhelm Kaiser, Studienrat; Otto Kilian, Stadtrat, Vertreter des Vorstandes der USP.; Martin Knauthe, Architekt, Vorsitzender des Halleschen Künstlerrates; Hedwig Krüger, Stadtverordnete, Vorsitzende der USP.-Frauenorganisation; Richard Kutzschbach, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsausschusses; Franz Lehmann, Bevollmächtigter des Deutschen Eisenbahnerverbandes; Wolfgang Liepe, Dr. phil., Privatdozent; Karl Matthes, 1. Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes; Paul Menzer, Universitätsprofessor; Albert Müller, Stadtverordneter, Vorsitzender der SPD.; Konrad Pohl, Chefredakteur (Hallische Nachrichten); Reinhold Riecke, Rechtsanwalt und Notar; Julius Ritter, Kaufmann, Stadtverordneter; Emil Saupe, Rektor, Vorsitzender des Hallischen Lehrervereins; Herm. Schlimme, Angestellter des Transportarbeiterverbandes; Hans Seydel, Bürgermeister; Reinhold Simon, 2. Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes; Margarete Schrecker, Stadtverordnete, Sekretärin der Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen; Artur Schröter, Bevollmächtigter des Buchdruckerverbandes; Konrad Stehr, Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten; Otto Stummer, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsvereins Cröllwitz; Paul Täumel, Redakteur (Volksstimme); Paul Thiersch, Direktor der Handwerker- und Kunstgewerbeschule; Eugen Teuscher, Spielleiter am Stadttheater; Heinrich Waentig, Universitätsprofessor; Emil Winkler, Vorsitzender des Kartells der freien Gewerkschaften; Zwanzig, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Anfragen und Zuschriften an den Arbeitsausschuß sind zu richten an Stadtverordnetenvorsteher Hennig, Harz 42/44, Fernsprecher 1045.

*

Wenn wir auch den obigen Aufruf wunschgemäß gern zum Abdruck bringen und uns freuen würden, wenn den Bestrebungen ein voller Erfolg beschieden wäre, so stehen wir gleichwohl nicht an, in die Verwirklichung der Schaffung einer Volksbühne in der geplanten Weise einige Zweifel zu setzen. Zunächst können wir dem Satze „Wir stammen aus allen Volkskreisen, wir umfassen alle Strebungen und Strömungen von links bis rechts", nicht restlos zustimmen. Uns will vielmehr erscheinen, als ob die sozialistischen Parteien, insbesondere die U. S. P., ganz besonders stark vertreten sei. So ist z. B. Herr Kilian gewissermaßen offiziell als Vertreter des Vorstandes der U. S. P. in den Ausschuß entsandt. Dann ist es wohl auch schlechterdings nicht gerade als ein Zufall zu bezeichnen, daß ein Schriftleiter der beiden nationalen Zeitungen unserer Stadt im Gegensatz zu denen der übrigen hiesigen Blätter weder an den Vorberatungen teilgenommen noch den Aufruf mit unterzeichnet hat. Schließlich will es uns auch als recht bedenklich erscheinen, ob die kleine Bühne des Thaliatheaters den Anforderungen einer Volksbühne voll und ganz entsprechen wird.

Das Ende der kommunalen Ueberschußbetriebe

Man erinnert sich jetzt gern der Dinge vor dem umwälzenden Geschehen. So gab es einmal eine Zeit, in der sich die Kommunalpolitiker und Fachleute darüber stritten, ob Kommunalbetriebe Ueberschüsse abwerfen oder ob sie sich nur selbst erhalten sollen. Es bestand eine förmliche Wissenschaft darüber, welche städtischen Betriebe Ueberschüsse abwerfen dürfen, welche sich wenigstens aus sich selbst erhalten sollen und bei welchen Zuschüsse geleistet werden müssen, damit sie zu billigstem Preise der Allgemeinheit dienstbar sein können. Die Sozialdemokraten verwarfen alle Ueberschußwirtschaft, auch Damaschke neigte dieser Ansicht zu. Adolf Wagner und Mombert sagten dagegen, daß es nicht unsozial sei, wenn Kommunalbetriebe Ueberschüsse abwerfen, denn die Städte haben dadurch Einnahmen für ihre großen sozialpolitischen Aufgaben. Man betrachtete alle monopolartigen Betriebe als überschußkräftig, wenn diese nicht unbedingt zu des Lebens Notdurft gehören, also Sparkassen, Gas- und Elektrizitätswerke und Straßenbahnen. Zur zweiten Gruppe, die sich selbst erhalten sollen, rechnete man die Wasserversorgung, die Schlacht- und Viehhöfe und die Bäder und schließlich zu der Zuschußgruppe alle unproduktiven Unternehmungen, die Straßenreinigung, die Kanalisation, das Feuerlöschwesen u. a. Aus dieser Gruppierung entwickelt sich manche Streitfrage in den mit einer politischen Orientierung beglückten Stadtverwaltungen.

Wie sich die Dinge bisher gestaltet haben, sind derartige Erörterungen müßig, heute gibt es überhaupt keine städtischen Betriebe, die für den Stadtsäckel etwas herauswirtschaften können, heute gibt es überhaupt nur noch eine Zuschußwirtschaft. Man sehe sich die Haushaltpläne der Städte an und versuche, einen Rest jener großen finanziellen Unterstützungen der städtischen Wirtschaft zu finden, die früher aus verschiedenen städtischen Unternehmungen geflossen waren. Wir haben erlebt, daß die Preise für Gas und Elektrizität auf eine Höhe geklettert sind, die alles Soziale abgestreift haben; elektrisches Licht zu brennen ist heute beinah ein Luxus und die alte schöne Reklame der Gaswerke, daß der Gasverbrauch billiger und wirtschaftlicher sei als der Kohlenbrand, ist Ironie. Die Lust, noch in Privathänden befindliche Straßenbahnen zu kommunalisieren, ist mächtig abgeflaut. Früher stand auch ein Teil der bürgerlichen Presse auf dem Standpunkt, daß eine Ueberführung so wichtiger, monopolartiger Betriebe in städtischen Besitz ein wünschenswertes Ziel sei, besonders in den großen Städten, wo der innerstädtische Verkehr zu den Lebensnotwendigkeiten gehört. Der Kommunalisierungsdrang der Revolutionszeit hat sich solche Neigung zunutze gemacht und manche Straßenbahn ist städtisch geworden. Ihnen geht es aber recht schlecht. Die Straßenbahn zu Düsseldorf, um nur ein drastisches Beispiel anzuführen, die vor gar nicht langer Zeit in städtischen Besitz übergegangen war, hat so stark den Stadtsäckel belastet, daß die Stadt danach trachten mußte, den Betrieb wieder los zu werden, da durch die Beschneidung der Finanzhoheit der Städte keine Mittel vorhanden sind, um die Zubußen bezahlen zu können. Kürzlich hat die Stadt den Betrieb der Straßenbahn an eine rheinische Eisenbahn A.-G. verpachtet.

So viel ist von der glänzenden Entwicklung städtischer Betriebe übriggeblieben, so sieht in Praxis heute die geschäftliche Seite der Kommunalbetriebe aus, so droht aber auch die Kommunalisierung die städtischen Finanzen zu zerrütten, wo sie noch nicht vollkommen zusammengebrochen sind. Man muß sich bei aller städtischen Finanzgebarung über derartige Erscheinungen im klaren sein, dabei handelt es sich nicht im geringsten um irgendeine Parteimache, hier gilt nur nüchterne, praktische, kaufmännische Erwägung. Der Theoretiker von ehemals kann mit allen seinen schönen Erörterungen in seiner Studierstube bleiben und seine Themen geschichtlich betrachten. Der Realpolitiker ist ohne wissenschaftliche Ergründung längst zu der Erkenntnis gekommen, daß es nur noch Zuschußbetriebe innerhalb der städtischen Betriebe gibt. Dieser erledigte Streitpunkt ist für unsere Steuerpolitik sehr schmerzlich.

Deutschnationaler Kyffhäusertag

Bereits über 9000 Teilnehmer.

Die noch in großer Zahl eingehenden Anfragen veranlassen uns, noch einmal darauf hinzuweisen, daß Anmeldungen zur Teilnahme an der Kyffhäuserfeier unter keinen Umständen mehr angenommen werden können, da die Listen bereits am 19. August nach Sangerhausen gegeben werden mußten. Ebenso ist es unmöglich, jetzt noch Anmeldungen für die Mitfahrt im Sonderzuge zu berücksichtigen. Sämtliche Anmeldungen liegen bereits bei der Eisenbahndirektion, die für unsere Kyffhäuserfahrt besondere Fahrkarten drucken läßt. Vom Donnerstag nachmittag ab können die Teilnehmerkarten in unserer Geschäftsstelle gegen Hinterlegung des Fahrpreises in Empfang genommen werden. Vom Sonnabend mittag an bis abends 8 Uhr werden in unserer Geschäftsstelle die Fahrkarten ausgegeben. Der Fahrpreis beträgt 22,80 Mk. Am Sonntag, den 29. August, früh 7.57 Uhr Abfahrt des Sonderzuges aus Halle, Ankunft in Roßla 9.50 Uhr. Rückfahrt ab Roßla abends 8.40 Uhr, Ankunft in Halle 10.34 Uhr.

Die Feier beginnt pünktlich 1 Uhr mittags. Zur Teilnahme sind nur Personen mit den von uns ausgestellten Ausweiskarten berechtigt.

•

Am Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr spricht im „Neumarktschützenhaus" Dr. Wienbeck-Hannover über „Der neue Reichstag und der selbständige Mittelstand". Eintritt 50 Pfg.

Am Donnerstag, den 2. September, abends 8 Uhr im großen Saale der „Saalschloßbrauerei" Sedanfeier, bestehend aus einem Konzert des Philharmonischen Orchesters, Rezitationen von Willy Bohne, Doppelquartetts der Halleschen Liedertafel und gemeinsamen Gesängen. Prof. Dr. Roethe spricht über „Preußentum und Gegenwart". Einlaßkarten zum Preise von 3 Mk. für Mitglieder und 4 Mk. für Nichtmitglieder sind von heute nachmittag 3 Uhr ab in der „Halleschen Zeitung", der Lippertschen Buchhandlung und in unserer Geschäftsstelle zu haben.

Am Donnerstag, den 9. September, abends 8 Uhr im „Neumarktschützenhaus" öffentliche Frauenversammlung.

Am Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr im „Hofjäger" Dr. Karstedt-Berlin: „Unser Verhältnis zu Rußland und die Entente".

Am Donnerstag, den 23. September, abends 8 Uhr im „Neumarktschützenhaus" Abgeordneter Döring-Berlin: „Der deutsche Bolschewismus und seine doppelte Wurzel".

Die Mitgliedsbeiträge für August-September sind fällig. Wir bitten höflichst um Abführung der Beträge an unsere Geschäftsstelle.

Akademische Nachrichten

Wie wir hören, ist Professor Dr. med. Hermann Dold, Privatdozent und erster Assistent am hygienischen Institut der Universität Halle, zum planmäßigen wissenschaftlichen Mitglied am Staatsinstitut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. berufen worden.

Dr. Dold, geb. 1882 zu Stuttgart, promovierte in Tübingen, war ebenda Assistent bei Prof. v. Baumgarten am patholog. Institut, 1908 bis 1910 „Demonstrator of Bacteriology and comparative Pathology" am Royal Institute of Public Health in London und später erster Assistent am Institut für Hygiene und Bakteriologie in Straßburg, wo er sich auch 1912 habilitierte. 1914 übernahm er (von Straßburg beurlaubt) einen Lehrstuhl für Hygiene und Bakteriologie an der Deutschen Medizin- und Ingenieurschule für Chinesen in Shanghai. 1919 (aus Shanghai gewaltsam vertrieben) trat Dold in den Lehrkörper der Halleschen mediz. Fakultät über. Prof. Dold veröffentlichte eine lange Reihe von Arbeiten auf dem Gebiete der allgemeinen und Tropenhygiene, Epidemiologie, Bakteriologie, Anaphylaxie.

*

Wie wir erfahren, ist die Ernennung des Professors Dr. Georg Karo, bisherigen ersten Sekretärs des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, zum ordentlichen Professor an der Universität Halle erfolgt; ihm wurde der Lehrstuhl der klassischen Archäologie an Stelle von Geh. Rat Robert übertragen.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Mittwoch, den 25. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 78 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 78 501—80 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Roßgoulasch, Milchsüßspeise Milchpulver und Malzextrakt** in der Talamtschule am Mittwoch, den 25. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501—78 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 78 501—84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes eine 1 Kilodose Roßgoulasch zum Preise von 11 Mk., 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pfg. für ein Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk. und eine Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk. abgegeben werden. — Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden.

— **Haferflocken zum Brotbacken.** Wie verlautet, beabsichtigen die Ernährungsbehörden im kommenden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Streckung des Brotmehls durch Zusatz eines mäßigen Prozentsatzes von präparierten Haferflocken. Backversuche mit Haferflocken haben außerordentlich günstige Resultate ergeben. Infolge des hohen Nährgehaltes der Flocken wird im Gegensatz zu den bisher verwendeten mancherlei anderen Streckungsmitteln eine Qualitäts- und Geschmacksverbesserung des Brotes erzielt. Wenn sich der Zusatz von Haferflocken zum Brotmehl verwirklichen läßt, könnte eine riesige Summe Geld dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend weniger Weizen aus dem Ausland eingeführt werden müßte. In Fachkreisen wird die Ersparnis auf ungefähr eine Milliarde Mark beziffert.

— **Der Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln** ist nach Mitteilung der Provinzialkartoffelstelle zu Magdeburg bis auf weiteres auf 25 Mk. für den Zentner festgesetzt.

Der Mordprozeß Hüttenrauch vor dem Reichsgericht

Die Revision verworfen.

Ein gräßliches Familiendrama, das am 18. Mai das Schwurgericht Halle beschäftigte, wurde jetzt vor dem Reichsgericht noch einmal aufgerollt. Es handelte sich um einen Vatermord, den ein 17jähriger Knabe in Gemeinschaft mit einem 19 Jahre alten Burschen auf die Anstiftung seiner Mutter und eines älteren Hausgenossen hin begangen hat. Das Schwurgericht verurteilte den jugendlichen Gastwirtssohn Otto Hüttenrauch aus Holzweißig (Kreis Bitterfeld) wegen Mordes zu 13 Jahren Gefängnis, ferner wegen Mordes den Kutscher Franz Edler zum Tode und wegen Anstiftung zum Morde die 44 Jahre alte Witwe Klara Hüttenrauch sowie den 54 Jahre alten Privatmann und früheren Schachtmeister Hermann Rheinländer ebenfalls zum Tode.

Am 28. November 1919 wurde der Gastwirt Gotthilf Hüttenrauch, Inhaber des Gasthauses „Zur Krone" in Holzweißig, erschossen in einem Schachte verscharrt aufgefunden. Es stellte sich dann heraus, daß der junge Hüttenrauch in Gemeinschaft mit Edler am Abend des 31. Oktober 1919 seinen Vater unter dem Vorwande, sie hätten ein Schleichhandelsgeschäft in Schnaps vorbereitet, in die Nähe des Schachtes gelockt hatte. Dort hat er nun zwei Schüsse auf seinen Vater abgegeben, ohne zu treffen, während Edler den alten Hüttenrauch durch einen Schuß in den Kopf tötete. Die Mörder warfen die Leiche in den Schacht und überdeckten sie mit Erde; durch einen Erdrutsch kam später die Leiche wieder zum Vorschein, so daß das Verbrechen aufgeklärt werden konnte. Zu dem Morde waren die beiden durch die Mitangeklagten angestiftet worden. Frau Hüttenrauch war durch das überaus brutale und gewalttätige Wesen ihres dem Trunke ergebenen und mit anderen Frauenspersonen verkehrenden Mannes allmählich zur Verzweiflung getrieben worden und hatte deshalb die beiden jungen Leute aufgefordert, ihren Mann zu ermorden. In der gleichen Weise hatte Rheinländer auf Otto H. und E. eingewirkt, da er hoffte, nach dem Tode des alten H. den Gasthof leicht in seine Hände bringen zu können.

Gegen das Urteil hatten nur die drei zum Tode Verurteilten Revision eingelegt. Gerügt wurde insbesondere, daß die den Geschworenen vorgelegten Fragen nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprächen und unklar seien. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. Richtig ist allerdings, daß jemand, der schon von einer Person zu einer Tat angestiftet worden ist, nachher nicht noch einmal durch eine andere Person zu derselben Tat angestiftet werden kann. Aus der Stellung der Fragen und der Antwort der Geschworenen ist aber zu entnehmen, daß Frau H. und R. gemeinsam, also gleichzeitig, die beiden Täter angestiftet haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0005
DFG

— **Reichsnotopfer und Rentner!** Einen Existenzkampf ohnegleichen haben augenblicklich die deutschen Rentner zu führen. Wohl nie ist von einer Regierung und von einem Parlament ein Gesetz verabschiedet worden, das in so rücksichtsloser Weise gegen „reiche" Arme vorgeht, wie dieses Gesetz. Wohl nie ist durch ein Gesetz das unbestreitbare Recht eines jeden Menschen auf Leben und Brot so eingeschränkt worden, wie bei diesem. Während jeder schaffende Stand heute ein Einkommen von 6—10 000 Mark als Existenzminimum ansieht, werden durch das Reichsnotopfer angeblich Reiche, in Wirklichkeit jedoch arme notleidende Menschen, Rentner genannt, in ganz unverständlicher und unverantwortlicher Weise mit Lasten bedrückt, die alte, durch Arbeit zermürbte, zur Berufstätigkeit unverwendbare Schultern und Nerven nicht mehr zu tragen imstande sind. Der Deutsche Rentnerbund E. V., Berlin, hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, neben anderen zu verwerfenden Gesetzen auch besonders gegen das Reichsnotopfergesetz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen, um Härten zu beseitigen und seine Mitglieder vor Hunger, Elend und Verzweiflung zu retten. Sein Bundesblatt „Der Rentner" (Verlag in Wernigerode) bringt in Nummer 2 vom 1. August eine ausführliche Kommentierung des Reichsnotopfergesetzes und ruft nochmals alle deutschen Rentner zum Bundesbeitritt auf. Niemand darf mehr untätig beiseite stehen, auch dann nicht, wenn es ihm in seinen besonderen Verhältnissen vielleicht noch erträglich geht. Es muß jeder Rentner auch derer gedenken, die in Dachkammern und Stübchen wohnen und die im Winter hungern und frieren müssen, wenn nicht durch Massenprotest aller deutschen Rentner Abänderungen des Gesetzes erlangt werden. Zum Massenprotest gehört jede Stimme. Sie kann nur erfaßt werden durch Massenbeitritt. Meldungen sind umgehend an die Geschäftsstelle des Deutschen Rentnerbundes, Wernigerode, Salzbergstraße 3b, zu richten. K.

— **Invalidenversicherung.** Arbeitgeber, die polnische Zeitarbeiter ehemals russischer, österreichischer, unter Umständen auch ehemals reichsdeutscher Staatsangehörigkeit beschäftigen, werden auf ihre gesetzliche Verpflichtung zur Einsendung der fälligen Halbjahrsnachweisung an die Landesversicherung Sachsen-Anhalt in Merseburg hingewiesen.

— **Grenzspende für Ost- und Westpreußen.** Der Deutsche Schutzbund hat wiederholt darauf hingewiesen, daß im Interesse der Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reiche eine Grenzspende eingerichtet ist, welche den zur Abstimmung fahrenden gebürtigen Oberschlesiern finanzielle Hilfe zuteil werden lassen möchte. Nicht eindringlich genug kann immer wieder darauf hingewiesen werden, was auf dem Spiele steht, daß z. B. unsere Kohlennot sich noch steigern wird, wenn dieses wichtige Gebiet an Polen verloren geht. Es ist daher dringend erwünscht, daß diesem gemeinnützigen Hilfswerk die Unterstützung weitester Kreise zuteil wird. Näheres ist aus der Anzeige des Deutschen Schutzbundes ersichtlich.

— **Strafkammer.** Zwei siebzehnjährige Arbeiter waren des gemeinschaftlichen schweren Diebstahls angeklagt und geständig. Sie hatten verabredet, in zwei verschiedenen Nächten im Mai Einbrüche zu unternehmen, wobei es nur auf Eßwaren abgesehen war. Sie erlangten in beiden Fällen Speck, Eier, Würste, Butter, zwei Flaschen Wein und ein Glas mit Spargel. In einem weiteren Falle blieb es bei einem Versuche. Das Gericht verurteilte die beiden jugendlichen Sünder zu sechs Monaten und zu einem Jahre Gefängnis, ab je zwei Monate zwei Wochen der Untersuchungshaft. Bemerkenswert ist bei diesen Kindern ordentlicher Eltern, daß der erste drei Jahre bei einem Maurermeister gearbeitet hate und von diesem als stets ehrlich und zuverlässig bezeichnet worden ist; trotz der Diebstähle will ihn der Meister wieder einstellen. Der junge Mensch hatte zuletzt bei seinem Meister einen Stundenlohn von 3 Mark bei achtstündiger Arbeitszeit, also täglich 24 Mark, was ihm nicht genug war. Er kündigte deshalb und wollte nach Leuna, wo ihn die hohen Löhne lockten. Da das nicht so schnell gegangen war und nun das Geld fehlte, kam er auf die abschüssige Bahn. Dem anderen Burschen hatte infolge des Krieges fünf Jahre die väterliche Hand gefehlt.

— **Der Männerverein der Paulusgemeinde** hielt gestern im Gemeindehause eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Arbeitersekretär Richter und Pfarrer Bach zu dem zeitgemäßen Thema sprachen: Hat die Revolution Gutes gebracht? Nach Eröffnung durch Lehrer Fritz Sommer, der die Gedanken des Abends unter das Wort stellte: Himmel und Erde werden vergehen; aber meine Worte werden nicht vergehen (Matthäus 24, 35), trat man in die eigentliche Behandlung des Gegenstandes ein. Beide Redner betonten von verschiedenen Gesichtspunkten aus, daß die Revolution, ohne ihre Schattenseiten zu verkennen, auch Gutes gebracht habe. Das Gute wurde vor allem gefunden in der Selbstverantwortung der Persönlichkeit im freien Volksstaate und ihrer Mitarbeit, in der Beschäftigung und Lösung der sozialen Frage, in der freien Kirche im freien Staate. Auch daß das Böse in unserem Volke, was vielen verborgen war, klar in die Erscheinung getreten ist, wurde als etwas Gutes gewertet. Es kommt nun darauf an, daß das Gute in seiner Arbeit und Kraft sich stärker erweise als das Böse, und es überwinde. Nach wie vor gilt der Kampf der mammonistischen Weltanschauung. Denn vielfach ist auch der Sozialismus kapitalistisch geworden. In der lebhaften Aussprache wurde auch des Guten in unserem alten Staate mannigfach gedacht und u. a. auf das Wort des Sozialdemokraten Winnig hingewiesen: „Diese Revolution hatte ja nicht einen großen, erhebenden Zug." Jedenfalls ist allen Anwesenden die Verantwortung und Pflicht zur Mitarbeit aufs neue klar geworden, die besonders die Christen gegenüber der Gegenwart haben, wenn wirklich etwas Gutes werden soll.

— **Verlegt** auf Dienstag, den 31. August, nach der Saalschloßbrauerei wird witterungshalber das II. populäre Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters. Gekaufte Karten behalten Gültigkeit; auch bleibt das Programm unverändert. Der Vorverkauf wird fortgesetzt.

— **Die Bücher des Dichters Eberhard König.** Den in der gestrigen Abendausgabe unserer Zeitung erschienenen Aufsatz über „Die Bücher des Dichters Eberhard König" entnahmen wir der literarischen Beilage des „Zwiespruch", Nachrichtenblatt der Wanderbünde.

— **Unfall.** In der Leipziger Straße wurde eine Frau von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Sie wurde am Kopfe verletzt und von dem Führer des Kraftwagens der Klinik zugeführt.

— **Diebstähle.** In letzter Nacht wurde eine Schaufensterscheibe eines Obstladens in der Leipziger Straße eingeschlagen und einige Tafeln Schokolade entwendet. — In derselben Nacht wurden in der Gabelsberger Straße zwei des Diebstahls verdächtige Männer angetroffen, von denen ein jeder ein etwa 3 Meter langes Rundholz trug. Als sie die Beamten sahen, warfen sie die Hölzer weg und ergriffen die Flucht. Das Diebesgut ist sichergestellt.

„H. Z." Sportberichte

Magdeburger Rennwoche

Zu den Magdeburger Renntagen vom Donnerstag, den 2[6.], Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. August, die in ihrer Bedeutung für sich sprechen und voraussichtlich einen großen sportlichen Erfolg zeitigen werden, wollen auch sämtliche leibe[s]sporttreibenden Vereine Magdeburgs nicht zurückstehen und den vom Rennen nicht besetzten Freitag zu einem besonderen Sportfest ausgestalten, um dadurch das Gesamtprogramm der Rennwoche noch um eine besondere Note zu bereichern. Dieses Sondersportfest am Freitag soll nachmittags durch eine Propagandafahrt sämtlicher Rudervereine und durch Beteiligung sämtlicher Schwimmer auf der Elbe eingeleitet werden. Ein großer Passagierdampfer mit einer Konzertkapelle nimmt die Gäste und Zuschauer an der Elbbrücke auf und fährt unter Begleitung der Ruder-Flottille zu dem neben der Rennbahn landschaftlich selten schön gelegenen „Herrenkrug", woselbst alle übrigen Sportler vom Turner bis zum Hockeyspieler in Erscheinung treten, um in der breiten Oeffentlichkeit die ganz hervorragende Bedeutung des Sports vor Augen zu führen. Geschlossen werden diese Vorführungen mit einem sommerlichen Sportfest, auf welchem die besten Kapellen Magdeburgs für Unterhaltung sorgen. Das Fest wird sodann mit einer großen Feuerwerksveranstaltung schließen, so daß sich sämtliche auswärtigen Gäste auch an diesem rennlosen Tage in Magdeburg wohlfühlen werden.

— **Jahn-Wetturnen zu Freyburg a. U.** Unter Teilnahme von 77 Turnern aus vielen Teilen Deutschlands fand am Sonntag das diesjährige Jahn-Wetturnen statt. Die Bedingungen stellten an die Beteiligten ein so hohes Maß allseitig durchgebildeten turnerischen Könnens, daß sich nur die besten Fünfkämpfer mit Erfolg betätigen konnten. Gegen 4 Uhr begann an der Jahn-Turnhalle nach Absingen des Liedes „Frei und unerschütterlich" nach einer Gedächtnisrede des Gauvertreters Meyer-Halle, in der er auf die turngeschichtliche Bedeutung dieses Wetturnens hinwies, die Siegerverkündigung. Als erste Sieger gingen hervor: Josef Schäfer-Essen, 116 Punkte; Richard Kahl-L.-Connewitz, 115 Punkte; Rudolf Kobs-Berlin, 114 Punkte; Alfred Hauptmann-Thekla bei Leipzig, 10[?] Punkte; W. Wiedenhain-L.-Gohlis, 96 Punkte usw. Als Höchstleistungen wurden erreicht: im Stabhochsprung 3,20 Meter (Neumann-Essen), Weitsprung 6,50 Meter (Kahl-Leipzig und Kobs-Berlin), Steinstoßen 33⅓ Pfund 8,10 Meter (Burghoff-Apolda), Speerwurf 45,64 Meter (Schäfer-Cronenberg) und 100-Meter-Lauf in 11 Sekunden.

— **Rennen zu Horst-Emscher** Das Horster Jubiläums-Meeting erreicht am Mittwoch mit dem Horster Jubiläumspreis und dem Horster Jubiläums-Criterium für Zweijährige seinen Höhepunkt. Der Horster Jubiläumspreis von 75 000 M. über 2000 Meter dürfte in einem heißen Kampf zwischen Lorbeer, Pallenberg und Wallenstein ausklingen, in dem wir dem Weinbergschen Hengst einen kleinen Vorzug einräumen. Das Horster Jubiläums-Criterium führt nur ein kleines Feld an den Ablauf. Auch hier könnten die Herren A. u. C. v. Weinberg in Omen den Sieger stellen. — Unsere Voraussagen: 1. R.: Wasserturm—Eichsfeld; 2. R.: Defizit—Tradition; 3. R.: Dronning Wilhelmina—Einhart; 4. R.: Omen—Hellebarde; 5. R.: Uhli—Fema; 6. R.: Lorbeer—Pallenberg; 7. R.: Seehausen—Hunne.

Tilgung Hallescher Stadtanleihe von 1886.

Wir bringen wiederholt zur Kenntnis, daß bei der am 17. März d. J. vorgenommenen Auslosung der vorbezeichneten Anleihe folgende Nummern gezogen worden sind:

Buchstabe A. Nr. 0005, 0020, 0055, 0057, 0103, 0118, 0126, 0141, 0167, 0206, 0250, 0256, 0266, 0305, 0395, 0410, 0449, 0462, 0478, 0480, 0568, 0571, 0602, 0633, 0648, 0720, 0722, 0746, 0778, 0813, 0820, 0831, 0851, 0853, 0860, 0896, 0910, 0915, 0951, 0954, 0956, 1015, 1037, 1038, 1056, 1062, 1075, 1092, 1100, 1103, 1122, 1345, 1368, 1369, 1373, 1380, 1381, 1412, 1499, 1509, 1554, 1561, 1577, 1644, 1649, 1650, 1653, 1660, 1716, 1769, 1784, 1792, 2312, 2393, 2416, 2420, 2504, 2514, 2536, 2558, 2567, 2570, 2596, 2702, 2707, 2728, 2736, 2737, 2738, 2763, 2764, 2781, 2826, 2829, 2833, 2881, 2886, 2890, 2936, 2994, 2995, 3042, 3057, 3095, 3141, 3301, 3304, 3316, 3342 zu 1000 Mark.

Buchstabe B. Nr. 0122, 0127, 0137, 0161, 0185, 0199, 0304, 0305, 0364, 0415, 0418, 0453, 0473, 0484, 0514, 0572, 0579, 0673, 0686, 0797, 0801, 0807, 0815, 0831, 0838, 0865, 0882, 0913, 0936, 0962, 0993, 1038, 1041, 1044, 1099, 1113, 1128, 1168, 1185, 1195, 1205, 1215, 1271, 1272, 1337, 1371, 1388, 1404, 1407, 1413, 1455, 1567, 1570, 1649, 1650, 1671, 1672, 1761, 1774, 1817, 1858, 1969, 1971, 2085, 2073, 2106, 2122, 2126, 2179, 2204, 2225, 2393, 2449, 2482, 2487, 2500, 2519, 2523, 2548, 2590, 2650, 2652, 2686, 2698, 2700, 2706, 2709, 2752, 2757, 2785, 2798, 2895, 2898, 2903, 2906, 2931, 2933, 3002, 3028, 3102, 3134, 3287, 3292, 3297, 3304, 3480, 3511, 3558, 3568, 3572, 3597, 3600, 3605, 3629, 3680, 3685, 3719, 3737, 3758, 3767, 3790, 3796, 3837 zu 500 Mark.

Buchstabe C. Nr. 0036, 0038, 0039, 0060, 0127, 0163, 0176, 0177, 0182, 0186, 0191, 0210, 0267, 0302, 0318, 0324, 0399, 0420, 0425, 0442, 0468, 0480, 0559, 0567, 0576, 0596, 0650, 0698, 0751, 0859, 0889, 0925, 0931, 0938, 0973, 0989, 1090, 1100, 1177, 1269, 1294, 1311, 1329, 1336, 1399, 1400, 1433, 1457, 1473, 1486, 1490, 1500, 1531, 1591, 1618, 1665, 1667, 1668, 1711, 1719, 1742, 1750, 1758, 1759, 1762, 1816 zu 200 Mk.

Die Einlösung der verlosten Stücke erfolgt vom 1. Oktober 1920 ab
bei unserer Stadthauptkasse,
außerdem in Berlin bei der Nationalbank für Deutschland,
in Breslau bei dem Schlesischen Bankverein,
in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt.

Von früher verlosten Anleihescheinen sind noch uneingelöst:
Buchstabe B. Nr. 3518, 3532 zu 500 Mk. — fällig 1. Oktober 1918,
Buchstabe C. Nr. 283, 309 zu 200 Mk. — fällig 1. Oktober 1918.

Halle, den 21. August 1920.

Der Magistrat.

Auslosung der 3½% Halleschen Stadt-(Theater-) Anleihe von 1883.

Wir bringen wiederholt zur Kenntnis, daß bei der am 17. März d. Js. vorgenommenen Auslosung der vorbezeichneten Anleihe folgende Nummern gezogen worden sind:

104, 108, 148, 158, 185, 190, 305, 320, 331, 338, 360, 366, 386, 412, 438, 458, 460, 532, 564, 579, 603, 672, 680, 764, 774, 818, 821, 852, 868, 872 zu 500 Mark.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen erfolgt vom 1. Oktober 1920 ab bei unserer Stadthauptkasse. Mit diesem Tage hört die Verzinsung auf.

Halle, den 21. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Ortsstatut vom 1. Mai 1874 betreffend Erhebung des Marktstandgeldes ist mit Genehmigung des Bezirksausschusses zu Merseburg in seinen §§ 1 und 2, rückwirkend vom 22. Juli 1920, wie folgt geändert worden:

§ 1. Für den Gebrauch öffentlicher Straßen und Plätze zum Feilbieten von Waren mit den in ... gemachten Ausnahmen auf den Wochen-, Jahr-, Kram- und Viehmärkten bezugsweise zur Schaustellung auf diesen Märkten sind zu entrichten: für das qm des gebrauchten Raumes und jeden Tag des Feilbietens bezugsweise der Schaustellung 40 Pfennig. Bruchteile des qm werden voll gerechnet.

§ 2. Für den Gebrauch öffentlicher Plätze zum Feilbieten von Vieh sind zu entrichten für jeden Tag des Feilbietens von einem Pferd und einem Stück Rindvieh 1 Mk., von einem Schwein 0,40 M., von einem Ferkel, einem Schaf oder Lamm 0,20 M.

Für den Gebrauch öffentlicher Plätze u. Straßen zum Feilbieten von groben Holzwaren wie Backtröge, Mulden, Leitern, Schaufeln usw., Böttcher- und Töpferwaren auf den Jahr-, Kram- und Viehmärkten sind zu entrichten für den qm des gebrauchten Raumes und jeden Tag des Feilbietens 20 Pfennig. Bruchteile des qm werden voll gerechnet.

Halle, den 21. August 1920.

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 7. Oktober 1920, vorm. 10½ Uhr an Ort und Stelle in Grabes Gasthof in Schlettau versteigert werden: das im Grundbuche von Schlettau Bd. 6, Bl. Nr. 185 eingetragene Eigentum am 21. 6. 20 dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Handelsmann Karl Devaral und dessen Ehefrau Johanne Margarethe geb. Korn) eingetragene Grundstück, Kartenblatt 3, Parzelle 252/229, Acker vom Plane 232 von 61 a Größe, 10,29 Mk. Reinertrag, bebautes Grundstück mit Hofraum und Hausgarten mit 117 Mk. Nutzungswert, Parzelle 161, Kossatengut Nr. 59 von 4,10 a Größe, Parzelle 224 a, b, c, Plan 239, Acker von 1,36,90 ha Größe, Reinertrag 20,28 Mk., Parzelle 64, Pflanzkabel, Acker, von 80 qm Größe und 0,15 Mk. Reinertrag, Grundsteuermutterrolle Art. 152, Gebäudesteuerrolle Nr. 61.

Löbejün, den 27. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

Wahrhaft goldene Worte

für alle Hausfrauen wie für alle Deutschen, denen das Streben, sich wirtschaftlich einzurichten und zu verhalten, ein Bedürfnis ist, bringt das Reichardtwerk in seiner Hausschrift: „Reichardt-Ruf" mit seinen haus- und nationalwirtschaftlichen Ausführungen sowie Ratschlägen

an den Vater des Produzenten.

Abgabe ohne Kaufzwang umsonst in der Reichardtfiliale: Leipziger Straße 99. Sonst direkter Versand ab Reichardtwerk Wandsbek. Verkauf der Reichardtfabrikate auch in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften.

Stellen-Angebote

Suche zum 1. Oktober für meinen großen Gutshaushalt ein
Wirtschaftsfräulein,
perfekt im Kochen und Einmachen und geschickt, über Hilfskräfte richtig zu disponieren. Kein Garten, kein Geflügel. Familienanschluß im Hause. Beglaubigte Zeugnisabschriften sind zu senden an Frau G. Cornelius, Dom. Haynsburg b. Zeitz

Suche zum 1. Oktober eine in allen Zweigen eines Gutshaushaltes erfahrene, auch im Schneidern etwas
geübte Stütze
bei Familienanschluß. Meldungen mit Gehaltsansprüchen erbittet E. Zschernitz, Gutsbesitzer u. Amtsvorsteher in Hohenleina bei Crensitz.

Reisender,
der bei Schuhwaren-, Kurz- und Galanteriewarengesch. bestens eingeführt ist, geg. Provision ges. Kiegler u. Kühne, Dresden-A., Gr. Brüdergasse 1.

Lehrling
mit guter Schulbildung per 1. Oktober oder früher gesucht. Lederhandlung Carl Friedrich Nachf., Brüderstraße 13.

Lehrling,
mögl. höhere Schulbildg., zu sofort gesucht. Frenkel & Poetsch. Bankgeschäft.

Aelteres, erfahrenes
Hausmädchen
für sofort in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Gehaltsanspr. an Pfarrhaus Tambach (Thür.).

Suche zum baldigen Antritt fleißiges, ehrliches
Mädchen.
Gastwirt Paul Fuchs, Wählitz, Post Hohenmölsen.

Suche zum 1. 9. oder 15. 9. eine
Stütze,
die kochen kann und in allen häusl. Arbeiten bewandert ist. Zeugnisse u. Gehaltsansprüche erbittet Frau Th. Kakerbeek, Osterburg (Altmark).

Heirat

Geb., wirtschaftl. tücht. Dame vom Lande, 31 J., evangel., angen. Erschein., wünscht charaktervollen Herrn b. 45 Jahre zwecks
Heirat
kennen zu lernen. Jagd- und Naturfreund bevorz. Witwer, auch m. K., nicht ausgeschl. Nur Herren in gesich. Lebensstell. wollen ernstgem. Angeb. senden unter Z. 4064 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Verkäufe

Achtung!
1 gr. Spiegel, Plattgoldrahmen, 1,60 m hoch, sowie ein zweiteiliger Gasarm mit Lampen zu verkaufen. Friseurgeschäft Franckestr. 15.

Borysthène,
br. W., 12j., v. gel., tadell. Zuit., zu verk. S. Rennk. 14. Offert. unter U. P. 2230 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

Ia. Hafer
alter Ernte sofort billigst lieferbar.
„Eiverge", e. G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5. Fernspr. 6356.

Habe ein schweres
Arbeitspferd
(Belgier) abzugeben. Sommermeyer, Schafstädt.

Brauner Wallach,
6 Jahre alt, eventl. mit neuem Jagdwagen umständehalber billig zu verk. Carl Domann, Handelsgärtner., Güsten in Anhalt.

Kaufgesuche

Oelfrüchte, Oelsaaten Hülsenfrüchte
kauft
Franz Hagedorn, Halle S. G. m. b. H.
Tel. 5886. Röserstr. 1 (Nähe Riebeckplatz).

Getr. Anzug für 14jähr. Knaben zu kauf. gesucht. Kröhnert, Lauchstädter Str. 2.

Verschiedenes

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche **Unterzeuge und Strumpfwaren** in d. ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84. Gegr. 1838.

Praktische Fingerzeige für angehende Landwirte Mitteldeutschlands von Ed. Vogt auf Tümpling bei Camburg. Preis 3 Mark. Empfehlenswert für Militärs, welche in die Landwirtschaft beruflich übergehen. Verlag Robert Peitz, Camburg, Saale.

Auktion.
Heute, Dienstag, den 24. August, nachmittags 5½ Uhr versteigere ich freiwillig im „Wittenberger Hof", Delitzscher Str. 10,
1 Waggon alten Hafer
(bahnstehend) meistbietend gegen Barzahlung.
Otto Uhlitzsch, Auktionator, Mansfelderstr. 4. Telephon 520[?]

Zwei Rittergüter i. Altmark, ein Rittergut b. Wittenberg,
je 1500 Morgen, verkäuflich durch
Franz Albrecht, Pfiffelbach b. Apolda.

Mitteldeutsche Privat-Bank. A.-G., Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192008242-16/fragment/page=0006
DFG